

Heft 166

Ausgabe 6 | 2008
ISSN 0170-461
K 5361
5,00 Euro

spw



⊕ Pro und ⊖ Contra:
Wiedereinführung
der Pendlerpauschale
Marco Bülow vs. Rainer Wend

Staatswirtschaft 3.0

Mit öffentlichen Unternehmen Gutes tun



Björn Böhning
Es geht um mehr als
nur um Personen

Interview mit Lale Akgün
„Wir brauchen eine
postnationale Identität“

Tim Engartner
Grenzen der Privatisierung

Norbert Kastner
Kommunalwirtschaft 3.0

Kurzum | von Thomas Westphal

» Was ist Wirtschaftspolitik? Diese einfache Frage entwickelt sich bei der Betrachtung aktueller Debatten zu einer harten Nuss. „Die SPD-Linken fordert einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel“ titelt die Presse. Tut sie das wirklich? Ist eine sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik, eine sozialdemokratische Bildungsoffensive, ein starker Sozialstaat und gerechte Steuerpolitik gleichzusetzen mit einer anderen Wirtschaftspolitik? Haben wir selbst mit einer 100 Prozent Umsetzung der Forderungen aus dem Aufruf dieser 60 SPD-Linken ein anderes Fundament für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland oder gar in Europa gelegt? Ist es nicht vielmehr so, dass auch diese SPD Linken längst vor der eigentlichen Frage nach der politischen Gestaltbarkeit realer ökonomischer Akkumulations-Prozesse kapituliert haben?

Kurzum: Der Wettlauf zweier sozialdemokratischer Parteien, um den höchsten Zaun zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, um die beste Einhegung der Landnahme des globalen bissigen Kapitalismus führt am Ende nur zum Sieg der SachwalterInnen unregulierter Marktwirtschaft.

» Die völlige Abwesenheit wirtschaftspolitischer Gestaltung kennzeichnet den Beginn einer erneuten ökonomischen Krise in Europa und leitet auch die nächste Welle des Bedeutungsverlustes der so genannten politischen Klasse ein. Dabei macht gerade das Personalensemble der deutschen Sozialdemokratie ein herzbewegend schlechtes Bild. Nehmen wir die beiden Protagonisten Peer Steinbrück und Otmar Schreiner. Sie stehen im ritualisierten Streit innerhalb der SPD auf verschiedenen Seiten. Sie bekämpfen einander mit allen Waffengattungen moderner Parteilarbeit: Anträge, Aufrufe, Interviews, schmutzige Hintergrundgespräche und Talkshowauftritte. Das alles trennt sie bitterlich von einander. Aber eines vereint sie im Kern: Auf dem Auge der ökonomischen Regulierung sind sie blind und ohnmächtig. Steinbrück fiel in den



→ Thomas Westphal, Diplom-Volkswirt ist spw-Mitherausgeber, er lebt und arbeitet in Weinheim.

Foto: privat

zurückliegenden 12 Monaten, in denen sich die us-amerikanische Kreditkrise wellenartig über die Kontinente und Wirtschaftszweige zu einer globalen Wirtschaftskrise ausweitete, vor allem durch altväterliche Beschwichtigungen und sachfremde Hinweise auf. Schreiner und seine Aufruf-Linke schwiegen lieber komplett zu diesen Themen.

Kurzum: Wer sich alle Probleme lediglich in der Form eines Nagels vorstellen kann, für den ist der Hammer immer die Lösung. Anders gesagt: Wer im Zentrum seines Weltbildes glaubt, dass Wirtschaft in der Wirtschaft stattfindet, kann sich nur über Restaufgaben des Staates und über seine Finanzierung streiten.

» England, Japan, Frankreich, Kanada und auch die USA planen nationale Konjunkturprogramme. Ökonomenobelpreisträger entwerfen Anforderungen an Finanzmarktkontrollen. Entscheider aus großen Handelshäusern führen eine öffentliche Debatte über die Notwendigkeit regionaler Märkte und die Möglichkeit, durch die Förderung lokaler Ökonomien neue Prosperität zu entfachen.

Kurzum: Die SPD führt das Drama des Spaltkrieges einer Staatslinken in den Kostümen von 1972 als Farce wieder auf und findet keine Antworten auf die drängenden Themen unserer Zeit. Schlimmer noch: Sie stellt noch nicht einmal die richtigen Fragen. ■

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
Jutta Blankau (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Berlin)
Michael R. Krätke (Amsterdam)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susí Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
René Rösper (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmsborn)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Oliver Kaczmarek
Bettina Kohlrausch
Anja Kruke
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle
Inken Wiese

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
Stefan Stache

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
Telefon 0231 - 2 02 00 11
Telefax 0231 - 2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Redaktionsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Müllerstraße 163, 13353 Berlin
Telefon 030 - 4 69 22 35
Telefax 030 - 4 69 22 37
redaktion@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Hefen im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende.
ISSN 0170-461 - K 5361
© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2008.
Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,
Düsseldorf

Titelfoto:

Fotodesign Andreas Braun

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
1.-3. Tausend, September 2008

■ Meinung

- Es geht um mehr als nur um Personen | Björn Böhning 4
Neuer Erfolg im zweiten Anlauf? | Erwin Buchinger 5
Gleiche Bildungschancen haben ihren Preis | Wolfgang Jüttner 6
Mehr KönnernInnen sind gefragt –
Strategien gegen Fachkräftemangel | Oliver Kaczmarek 7
■ Pro: Wiedereinführung der Pendlerpauschale | Marco Bülow 8
■ Contra: Wiedereinführung der Pendlerpauschale | Rainer Wend 9
„Wir brauchen eine postnationale Identität“ | Interview mit Lale Akgün 10

■ ■ Im Fokus: Staatswirtschaft 3.0 – Mit öffentlichen Unternehmen Gutes tun

- Einleitung zum Schwerpunkt | Sebastian Jobelius, Stefan Stache 12
Privatisierung kommunal: Stand der Liberalisierung
und Privatisierung in der Bundesrepublik Deutschland
| Christina Deckwirth 15
Grenzen der Privatisierung | Tim Engartner 21
Kommunalwirtschaft 3.0 – Mit Kommunalunternehmen
Städte entwickeln | Norbert Kastner 26
„Was einmal veräußert ist, ist zumeist nicht rückholbar“
| Interview mit Hauke Jagau 30
Gut für die Entwicklung vor Ort. Der Stellenwert
öffentlicher Unternehmen in der sozialdemokratischen
Kommunal- und Regionalpolitik | Marc Herter 34
Literaturschau | Tim Engartner, Marcus Schwarzbach 38

■ ■ ■ Magazin

- Kinderspiel Kapitalismus | Alexandra Kramm 39
Stichwort zur Wirtschaftspolitik:
Das Scheitern der WTO-Verhandlungen | Arne Heise 40
Programmatische Phantasie freisetzen!
Anmerkungen zu den neuen Juso-Thesen | Uwe Kremer 42
Staatlichkeit und emanzipatorische Politik | Thilo Scholle 45
Neustart Frauenpolitik – Warum die Quote
Schule machen muss | Katie Baldschun, Sarah Henkelmann 49
Gerechtigkeitslücke – zu Lasten der SPD | Horst Heimann 52

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

- Meldungen:
DL 21 / spw-Herbstkonvent wegen Sonderparteitag verschoben!,
Aufruf „Reichtum nutzen, Armut bekämpfen, Mittelschicht
stärken“ veröffentlicht 56
5 Fragen an ... August Bebel 57

Es geht um mehr als nur um Personen

Geschlossenheit nur auf programmatischer Grundlage möglich!

von Björn Böhning

» Kurt Beck stand für den Kompromiss des Hamburger Grundsatzprogramms als Beginn einer programmatischen Erneuerung, mit der Gelungenes aufgenommen und Notwendiges weiterentwickelt wurde. Teile der Partei hatten seit Wochen viel Energie darauf verwendet, gegen diesen Kurs Stimmung zu machen. Wir haben uns dafür engagiert, die Inhalte der SPD als linke Volkspartei in den Mittelpunkt der Debatte zu rücken. Daran werden wir auch künftig festhalten. SPD-Kanzlerkandidat Frank Walter Steinmeier hat das Hamburger Programm als die Grundlage unseres politischen Weges bezeichnet. Wir werden ihn daran messen, denn es kann kein Zurück hinter „Hamburg“ geben:

1. Die SPD steht für „Gute Arbeit“. Unser Ziel bleibt der gesetzliche Mindestlohn. Wir wollen Ordnung in den Bereich der Leiharbeit bringen, nach sechs Monaten Einarbeitungszeit muss gelten: Gleicher Lohn und gleiche Rechte für Leiharbeiter und Stammbeslegschaft. Wir wollen prekäre Beschäftigung zurückdrängen und die wöchentliche Arbeitszeit bei Mini-Jobs auf 15 Stunden begrenzen. Wir wollen mit einem Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft gleiche Bezahlung und Karrierechancen für Männer und Frauen verwirklichen.

2. Wir wollen eine starke, nachhaltige Wirtschaft. Wir setzen auf qualitatives Wachstum und moderne ökologische Industriepolitik. Bei der Energiepolitik blicken wir mit erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz nach vorn, anstatt den Rückwärtsgang ins Atomzeitalter einzulegen.

Wir brauchen – auch öffentliche – Investitionen in Infrastruktur und die richtigen Strukturen für Forschung, Entwicklung und Innovationen. Wir brauchen eine bessere Regulierung der Finanzmärkte, sie müssen langfristigen Investitionen dienen.

3. Wir wollen einen gerechten Sozialstaat. Wir brauchen eine Rentenpolitik, die den veränderten Altersaufbau der Gesellschaft anerkennt, aber nicht blind ist für die Realitäten in unterschiedlichen Berufsgruppen. Wir wollen daher flexible Übergänge in den Ruhestand ermöglichen. Mit der Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege ermöglichen wir die gerechte und nachhaltige Finanzierung unserer Sozialversicherungssysteme. Das gilt ebenso für die Erwerbstätigenversicherung bei der Rente wie für eine Arbeitsversicherung, die durch mehr Weiterbildung vorsorgend Arbeitslosigkeit verhindert.

4. Die SPD ist die Partei der Zukunftschancen. Wir wollen eine Bildungspolitik, die Chancen für alle eröffnet: durch ein längeres gemeinsames Lernen, durch eine gebührenfreie Bildung von der KiTa bis zur Universität. Wir wollen eine Kultur des lebenslangen Lernens, gerade eine alternde Gesellschaft muss eine lernende Gesellschaft sein. Wir brauchen eine Politik der zweiten und dritten Chance und das Recht auf einen Hauptschulabschluss. ■



➔ Björn Böhning ist als Vorsitzender des Forum DL21 e.V. Sprecher der SPD-Linken und lebt in Berlin. Der Führungswechsel in der SPD erfolgte kurz vor Drucklegung dieser spw. Eine ausführlichere Auseinandersetzung erfolgt in der nächsten Ausgabe.

Foto: Ralf Höschele

Neuer Erfolg im zweiten Anlauf?

von Erwin Buchinger ■ ■

» Am 1. Oktober 2006 war die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) – nach sechsjähriger Oppositionszeit – wieder, wenngleich nur knapp, stimmenstärkste Partei geworden. Die Wahlen wurden trotz schwieriger Rahmenbedingungen, wie einen Skandal um die Gewerkschaftsbank, der bis zum Zwangsverkauf derselben und zur Auswechslung der Gewerkschaftsspitze führte, gewonnen. Nach sechs Jahren Mitte-Rechts-Regierung war die Arbeitslosigkeit stark gestiegen, hatte die Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen zugenommen, waren Sozialleistungen abgebaut, die Nettoeinkommen der ArbeitnehmerInnen verringert und das Bildungssystem vernachlässigt worden.

» Die SPÖ unter Parteivorsitzenden Alfred Gusenbauer setzte im Wahlkampf voll auf Sozialthemen und war damit erfolgreich. In den anschließenden Regierungsverhandlungen gewannen jedoch viele ParteifunktionärInnen den Eindruck, Alfred Gusenbauer wäre von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) „über den Tisch gezogen“ worden, so dass die Konservativen zwar die Wahlen verloren, die Regierungsverhandlungen aber gewonnen hätten.

Zu dieser internen Kritik kam hinzu, dass die ÖVP die Wahlniederlage vom 1. Oktober 2006 als Irrtum der WählerInnen begriffen hatte, der sobald als möglich korrigiert werden sollte. Die konkrete Regierungsarbeit war dadurch geprägt, dass es im Bereich der Sozial- und Bildungspolitik zwar zu deutlichen Kurskorrekturen gegenüber der konservativen Vorgängerregierung kam, diese Erfolge jedoch vom Koalitionspartner ÖVP systematisch durch Streitereien überlagert und inhalt-

lich kleingeredet wurden. Aber auch die Erwartungen der ParteifunktionärInnen nach einem radikaleren Kurswechsel wurden nicht erfüllt. So geriet Bundeskanzler Gusenbauer unter einen doppelten Druck, der letztlich in seinem Rücktritt als Parteivorsitzender mündete und von der ÖVP – im Zusammenhang mit einer Neuformulierung der Haltung der SPÖ zu einer Volksabstimmung bei künftigen EU-Verfassungsreformen – im Juli 2007 dazu genutzt wurde, die Regierungskoalition zu beenden und Neuwahlen auszurufen. Das Kalkül der ÖVP war, sich gegenüber einer glaublich zerstrittenen SPÖ als Hort der Verlässlichkeit abzuheben, die Wahlen zu gewinnen und – in welcher Koalition auch immer – wieder den Bundeskanzler zu stellen. Dass bei diesen Wahlen sowohl SPÖ als auch ÖVP kräftig verlieren und die rechtspopulistische FPÖ um 20 Prozent der Stimmen erreichen wird, störte die ÖVP dabei nicht, wenn nur die SPÖ mehr Stimmen verlieren würde als sie. Letzteres erscheint jedoch nach der überzeugenden Wahl des neuen Parteivorsitzenden Werner Faymann zum Spitzenkandidaten der SPÖ nicht mehr sicher, die Wahlprognosen gehen vielmehr erneut von einem knappen Rennen zwischen SPÖ und ÖVP aus. Die SPÖ setzt erneut auf Sozialthemen, der ÖVP fehlt eine klare inhaltliche Ausrichtung. Wahlentscheidend wird, wie glaubwürdig sich die SPÖ als soziale Kraft positionieren kann – das Bedürfnis der WählerInnen nach sozialem Ausgleich ist ungebrochen hoch. ■



☞ Dr. Erwin Buchinger ist Minister für Soziales und Konsumentenschutz der Republik Österreich. Er engagierte sich in der Sozialistischen Jugend und bei den Sozialistischen StudentInnen sowie in diversen Parteigremien auf Bezirks- und Landesebene.

Foto: www.bmsk.at

Gleiche Bildungschancen haben ihren Preis

von Wolfgang Jüttner



» Der SPD-Parteivorstand hat im vergangenen Jahr die Kommission „Gleiche Lebenschancen für jedes Kind – Kinderarmut bekämpfen“ mit dem Arbeitsauftrag eingesetzt, ein Konzept zur Verbesserung der Lebenschancen aller Kinder und zur Bekämpfung von Kinderarmut vorzulegen. Mit dem „Aktionsplan für gleiche Lebenschancen. 10 Maßnahmen der SPD gegen Kinderarmut“, den das SPD-Präsidium am 9. Juni 2008 beschlossen hat, liegt ein erstes Arbeitsergebnis der Kommission vor.

» Der Aktionsplan weist zu Recht darauf hin: Die SPD versteht Armut nicht nur als Einkommensarmut. Die SPD versteht Armut umfassender als Mangel von Teilhabe, z.B. an Bildung, an materiellen Gütern, an sozialen Kontakten oder an einer guten gesundheitlichen Entwicklung – wobei sich diese Ausprägungen von Armut gegenseitig bedingen. Auch das in Hamburg beschlossene Grundsatzprogramm weist auf die Bedeutung von Bildung zur Gewährleistung gleicher Lebenschancen hin: „Über gleiche Lebenschancen entscheiden zuerst und vor allem Bildung und Familie.“ Und wenige Zeilen später heißt es: „Bildung entscheidet über unsere Zukunft, sie ist die große soziale Frage unserer Zeit.“

Bildung und Bildungschancen haben aber ihren Preis. Für viele Kinder begann in den letzten Wochen die Grundschulzeit. Die AWO in der Region Hannover hat Bestelllisten einer Grundschule ausgewertet und die Summe von 324 Euro für Schulbedarf ermittelt (vgl. HAZ vom 16.08.2008). Und auch wenn es sich hierbei um ein Beispiel handelt: Die Summe für die Ausstattung bewegt sich in einer Höhe, die für arme Familien nicht zu leisten ist und auch durch die Hartz IV-Regelsätze nicht abgedeckt wird.

» Der „Aktionsplan für gleiche Lebenschancen. 10 Maßnahmen der SPD gegen Kinderarmut“ hat dieses Problem aufgegriffen: Die SPD tritt für ein Schulmittelbedarfspaket für bedürftige Kinder ein, das pro Schuljahr in der Größenordnung von 100 Euro finanziert wird. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 200 Millionen Euro. Olaf Scholz ist bereit, diese Finanzierung zu gewährleisten, wenn die Koalition sich hierauf verständigt. Mit einem solchen Schulmittelbedarfspaket lässt sich verhindern, dass Schülerinnen und Schüler ihre Bildungschancen allein wegen geringer Einkommen der Eltern nicht wahrnehmen können.

» Es wird Stimmen geben, die sagen: 200 Millionen Euro sind viel Geld. Stimmt! Aber gleiche Bildungs- und damit Lebenschancen haben ihren Preis und sind diesen Preis wert. Und wenn die Feststellung richtig ist, dass der vorsorgende Sozialstaat Bildung als zentrales Element der Sozialpolitik begreift, dann sollte dieser Preis auch bezahlt werden. ■



☞ Wolfgang Jüttner ist Vorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Vorsitzender der Kommission des Parteivorstandes „Gleiche Lebenschancen für jedes Kind – Kinderarmut bekämpfen“. Der vollständige Aktionsplan ist abrufbar unter: www.spd.de/show/1750137

Foto: Jim Rakete

Mehr KönnernInnen sind gefragt

Strategien gegen den Fachkräftemangel

von Oliver Kaczmarek ■ ■

» Nachdem der OECD-Bildungsbericht „Bildung auf einen Blick“ für Deutschland im Vergleich zu den anderen Industrienationen einen akuten Handlungsbedarf zur Sicherung des Fachkräftebestands diagnostiziert hat (vgl. spw 159), gibt es auch in der SPD vielfältige Bestrebungen, das Thema auf der (bildungs-)politischen Agenda nach oben zu setzen. Sowohl Bundestagsfraktion als auch Parteivorstand haben in jüngster Zeit dazu Vorschläge vorgelegt.

Unbestreitbar ist angesichts des insgesamt demografiebedingten Rückgangs der Erwerbspersonenzahl, der Notwendigkeit zur Höherqualifizierung und des wirtschaftlichen Strukturwandels, dass eine Offensive für mehr Bildung für Alle, die auch die Sicherung des Fachkräftebestands im Auge hat, grundlegendes Element einer tragfähigen Wachstumskonstellation ist.

Neben der Bereitstellung weiterer Mittel für das Bildungssystem schlägt die Bundestagsfraktion für den Bereich der beruflichen Bildung die Zusammenfassung von Ausbildungsberufen zu Berufsfamilien, die Reform der Ausbildungs- und Benachteiligtenförderung, mehr Information und Beratung, die Abschaffung der Gebühren für die Kammerprüfung für vollzeitschulische Ausbildungen, die Weiterentwicklung der Einstiegsqualifizierung (EQJ) sowie eine Offensive für MigrantInnen vor. Richtigerweise erhält auch die Forderung nach einem Rechtsanspruch von SchulabgängerInnen auf das Nachholen des Hauptschulabschlusses einen hohen Stellenwert.

Eine zukunftsweisende Strategie sollte weitere Aspekte der Umsetzbarkeit vor Ort beinhalten. Der Vorschlag, auch in den Kommunen „Ausbildungsgipfel“ zu initiieren, geht in die richtige Richtung. Gerade in einer kleinteiligen und regionalwirtschaftlich bezogenen Sichtweise können Steuerungsvorteile liegen. Allerdings müssen für solche Zusammenkünfte verbindliche Rahmen und Aufgaben beschrieben werden, wenn sie Ergebnisse hervorbringen sollen. Regionale Ausbildungskonferenzen müssen über eigene Mittel zur Schwerpunktsetzung verfügen können.

» Daran schließt sich die zentrale Frage der Finanzierung an: Die Bundestagsfraktion stellt in ihrem Papier die Unterfinanzierung des Bildungssystems in Deutschland fest, weicht jedoch der Frage nach der Ausbildungsfinanzierung aus, obwohl der Abbau von Ausbildungsplätzen in den letzten 15 Jahren zum Teil mit Steuermitteln aufgefangen wurde. Trotz Konjunkturaufschwung und Unterstützungsmaßnahmen suchen über 300.000 AltbewerberInnen einen Ausbildungsplatz. Dabei liegt Ausbildung nicht allein im Interesse der SteuerzahlerInnen, sondern auch der privaten und öffentlichen Unternehmen. Der Satz „Wer ausbilden kann, es aber nicht tut, muss zahlen“ bleibt richtig. Auch jenseits der Bundespolitik liegen Chancen und Ideen für eine solidarische Ausbildungsfinanzierung: Warum nicht Bildungsnetzwerke vor Ort vitalisieren und mit privaten und öffentlichen Mitteln ausstatten, in denen verschiedene Akteure gemeinsam über Bildungsziele und -maßnahmen entscheiden? ■



✉ Oliver Kaczmarek ist Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Unna und Mitglied des SPD-Landesvorstands Nordrhein-Westfalen sowie Mitglied der spw-Redaktion. Er lebt in Kamen.

Foto: privat

✚ Pro:

Wiedereinführung der Pendlerpauschale

von Marco Bülow



☞ Marco Bülow, MdB, ist umwelt- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und lebt in Dortmund.

Foto: www.marco-buelow.de

» Durch die steigenden Energiekosten und Lebensmittelpreise werden die Menschen immer stärker finanziell belastet. Für Menschen mit geringem Einkommen ist dies eine besondere Härte. Zudem wird von den ArbeitgeberrInnen immer mehr Mobilität erwartet. Um diese Menschen zu entlasten, muss die Pendlerpauschale wieder eingeführt werden. Allerdings sollte sie sozial ausgewogener sein als die alte Regelung und sowohl finanziell als auch umweltpolitisch kompensiert werden. Es nützt niemandem, wenn für die Pauschale das Geld in anderen Bereichen abgezweigt wird, die den „Otto-Normalverbraucher“ ebenfalls treffen.

Die Pläne der CSU weisen keine Finanzierungsvorschläge aus. Außerdem nutzt die Pendlerpauschale in der alten Form den Besserverdienenden mehr, als den Geringverdienenden, da diese keine oder nur wenig Einkommenssteuer zahlen.

» Insgesamt müssen bei der Wiedereinführung der Pendlerpauschale folgende Punkte beachtet werden:

- ☐ Die Pauschale sollte für alle Verkehrsmittel gleichermaßen gelten. Nicht nur AutofahrerInnen, sondern auch die NutzerInnen öffentlicher Verkehrsmittel und des Fahrrades müssen die gleiche Entlastung erhalten. Wenn die Pauschale nur wieder für AutofahrerInnen gelten würde, gäbe sie einen Anreiz, mehr auf das Auto zu setzen und damit mehr CO₂ auszustoßen und unser Klima noch stärker zu belasten.
- ☐ Alle PendlerInnen – egal welcher Einkommensgruppe sie angehören – müssen zudem für die

gleiche Entfernung die gleiche Höhe der Entlastung bekommen. Dafür brauchen wir einen Systemwechsel bei der Anrechnung des Kilometersgeldes.

☐ Die neuen Kosten müssen ausgewogen gegenfinanziert werden. Dazu bietet sich die überzogene Subventionierung von Dienstwagen an. Bislang können Firmen und Selbstständige die Spritkosten für Dienstwagen als Betriebsausgaben absetzen. Dieses Modell kostet den Staat mehrere Milliarden Euro pro Jahr. Dabei kann desto mehr Geld abgesetzt werden, je mehr Sprit der Dienstwagen verbraucht. Dies ist sozial ungerecht und umweltpolitisch völlig kontraproduktiv. So schafft man Anreize, möglichst spritfressende Dienstwagen einzusetzen und bestraft diejenigen, die sich nur einen kleineren Dienstwagen leisten können. Die Zahl der Geländewagen als Dienstkraftfahrzeuge von FreiberuflerInnen und Selbstständigen ist in unseren Großstädten dadurch stetig angestiegen. Dieser Unsinn wird bisher von den SteuerzahlerInnen finanziert. Jede/r soll weiter das Auto fahren, welches sie/er mag, aber darf es nicht vom Staat subventionieren lassen. Die Steuervorteile bräuchten nicht völlig gestrichen, sollten aber entlang der CO₂-Vorgaben der EU gekappt werden. Wer einen Dienstwagen fährt, der überdurchschnittlich viel schluckt, sollte den Mehrverbrauch über den geplanten EU Grenzwerten für CO₂ selbst finanzieren. Der Staat könnte dadurch pro Jahr 2,5 bis 4,5 Milliarden Euro mehr Steuern einnehmen, je nach Höhe der Obergrenze.

Aus Sicht der SPD sollte in Zukunft nicht die Größe eines Autos Grundlage für die Steuererhebung bei der Kfz-Steuer sein, sondern die konkrete Umweltbelastung. ■

■ Contra: Wiedereinführung der Pendlerpauschale

von Rainer Wend



☞ Dr. Rainer Wend, MdB, ist wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: www.rainer-wend.de

» Die steigenden Spritpreise belasten vor allem BerufspendlerInnen. Aus mehreren Gründen ist eine Rücknahme der Kürzungen bei der Pendlerpauschale aber keine geeignete Antwort auf die Belastungen durch den Anstieg der Spritpreise.

Von einer Wiedereinführung der Pendlerpauschale würden vor allem Berufstätige profitieren, die in den Randgebieten großer Städte wohnen. Diese Personengruppe hat durch die im Vergleich zur Stadt niedrigen Lebenshaltungskosten aber ohnehin schon einen finanziellen Vorteil gegenüber StadtbewohnerInnen. Und warum sollte der Städter, der in der Nähe seines Arbeitsplatzes wohnt und dafür höhere Kosten in Kauf nimmt, mit seinem Einkommen dem Kollegen das preiswertere Häuschen im Grünen finanzieren? Umgekehrt gibt es ja auch keinen Mietkostenzuschuss, der die höheren Lebensunterhaltskosten in den Städten ausgleicht.

Gegen den Anstieg der Spritpreise können wir zudem nichts unternehmen. Die Fördermenge des Erdöls nimmt weiter ab, während der internationale Verbrauch von Energie, vor allem durch den wirtschaftlichen Aufschwung von Ländern wie China, Brasilien und Indien weiter ansteigt. Der damit zusammenhängende Preisanstieg auf den internationalen Energiemärkten kann nicht durch nationale Maßnahmen heruntersubventioniert werden. Würde der Staat sich jetzt dazu entschließen, den Preisanstieg bei Energie durch Subventionen aufzufangen, müssten die staatlichen Zuschüsse in einer endlosen Spirale ständig erhöht werden. Deshalb ist es grundsätzlich richtig,

Anreize zur besseren Energieeffizienz zu setzen. Und: die Abschaffung der Pendlerpauschale ist auch aus ökologischen Gründen sinnvoll. Statt Ölverbrauch, Landschaftsverbrauch und Zersiedelung zu fördern, brauchen wir Anreize zur Minimierung der Kosten und damit letztlich zur Reduzierung des Energieverbrauchs – etwa durch die Wahl eines preiswerteren Fahrzeugs bzw. die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, die Optimierung der Entfernungen bei der Wohnortwahl oder auch die Bildung von Fahrgemeinschaften.

Vor allem war die Kürzung der Pendlerpauschale aber Teil eines umfassenden Gesamtkonzeptes der Bundesregierung zur Konsolidierung des Haushalts. Ziel der Bundesregierung ist es, bis zum Jahr 2011 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Die Wiedereinführung der Pendlerpauschale würde jährlich etwa 2,5 Milliarden Euro kosten. Für eine solche Maßnahme gibt es derzeit keinen finanziellen Spielraum im Haushalt des Bundes. Anders gesagt: Die Wiedereinführung der Pendlerpauschale, müsste an anderer Stelle wieder eingespart werden. Und diesen Ausgleich müssten alle zahlen. Also auch Hartz IV-EmpfängerInnen, BenutzerInnen des öffentlichen Personennahverkehrs und RentnerInnen, denen die Pendlerpauschale ohnehin nichts nützt.

Statt einer aktuellen Stimmung zu folgen und Wahlgeschenke an einen Teil der Bevölkerung zu verteilen, sollte der Staat seine Ressourcen für Maßnahmen einsetzen, die nicht nur den PendlerInnen, sondern allen zugute kommen. Dazu gehören Maßnahmen zum Schutz der Umwelt ebenso wie die Konsolidierung des Haushaltes. ■



Foto: www.lale-akguen.de

„Wir brauchen eine postnationale Identität“

Interview mit Lale Akgün



spw: Seit dem 1. September 2008 müssen MigrantenInnen für ihre Einbürgerung den bundesweiten Einbürgerungstest bestehen. Welche Auswirkungen auf die Einbürgerungszahlen sind zu erwarten?

Lale Akgün: Grundsätzlich finde ich es richtig, dass einbürgerungswillige Menschen Kenntnisse über unser Land nachweisen müssen – deshalb haben wir auch die Einbürgerungskurse eingeführt. Für problematisch halte ich allerdings, dass der Test in der jetzigen Version ein viel zu hohes sprachliches und fachliches Niveau aufweist: Viele Fragen sind kompliziert, einige nicht alltagsrelevant und einige diskriminierend. So lassen sich die Einbürgerungszahlen nicht steigern! Seit dem Jahr 2000 haben wir jährlich immer weniger Einbürgerungen zu verzeichnen. So ist die Zahl der Einbürgerungen 2007 um 9,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Ich denke, dass der Einbürgerungstest in seiner jetzigen Form diesen Trend noch verschärfen wird. Deshalb setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine Modifikation des Testes ein.

spw: Fünf muslimische Organisationen und mehrere VertreterInnen des nicht organisierten Islam nehmen an der Islamkonferenz unter Vorsitz des Innenministers teil. Handelt es sich um die relevanten AkteurInnen und Themen, um den Integrationsprozess von MuslimInnen voran zu bringen?

Lale Akgün: Ich habe die Zusammensetzung der Islamkonferenz von Anfang an kritisiert. Da sitzen die konservativen bis orthodoxen Kräfte den IslamkritikerInnen gegenüber – das kann nicht gut gehen. Und repräsentativ ist das schon gar nicht. Die durchschnittlichen MuslimInnen in unserem Land, die „Otto-Normal-Muslime“, wie ich sie einmal genannt habe, sind schlichtweg in der Islamkonferenz nicht vertreten. Wenn der Staat die „Otto-Normal-Muslime“ erreichen und einbinden will, so sollte er vermehrt den Dialog mit bekennenden, aber liberalen und modernen MuslimInnen suchen.

spw: Für den Herbst dieses Jahres ist ein dritter Integrationsgipfel im Kanzleramt geplant. Wie bewertest Du die bisherigen Ergebnisse, wie z.B. den Nationalen Integrationsplan?

Lale Akgün: Bisher hat der Integrationsgipfel keine substantiellen Ergebnisse vorzuweisen. Sicher, 2007 wurde der Nationale Integrationsplan verabschiedet, in dem viele gute Ideen zusammengetragen wurden. Aber nun stellt sich die Frage: Welche der Selbstverpflichtungen von Bund, Ländern, Kommunen, Medien und Wirtschaft werden denn auch umgesetzt? Das ist der Casus Knacktus! Im Herbst, wenn es an die Bewertung des Integrationsplanes geht, wird sich zeigen, ob der Integrationsgipfel tatsächlich etwas bewegt hat. Ich bin da zwar eher kritisch, aber ich lasse mich gerne eines Besseren belehren!

spw: Gegenwärtig stellt das im Jahr 2000 beschlossene Optionsmodell über 3000 junge Men-

schen vor die Entscheidung für die deutsche oder eine ausländische Staatsangehörigkeit, schätzungsweise 50 000 sind bis 2018 betroffen. Wie müsste eine integrationsfördernde Regelung ausgestaltet sein?

„**Lale Akgün:** Es ist richtig und gut, dass in Deutschland seit dem Jahr 2000 Kinder ausländischer Eltern automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Ich finde es allerdings falsch, dass diese Kinder sich später für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen. Dafür gibt es keine Notwendigkeit. Deshalb plädiere ich für die Abschaffung des Optionsmodells und für die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. In anderen Einwanderungsländern wie den USA gibt es die seit langem und die Erfahrungen damit sind durchweg positiv.

spw: CDU und CSU bestehen weiter auf restriktiven Regelungen für die Einbürgerung. In der Bundestagsdebatte zum 7. Ausländerbericht hast Du diese Haltung erneut kritisiert. Welche Perspektiven für die Integrationspolitik siehst Du in der aktuellen politischen Konstellation?

„**Lale Akgün:** Die Perspektiven der Integrationspolitik in der aktuellen politischen Konstellation halte ich für relativ aussichtslos. Die CDU hat in dieser Legislaturperiode zwar viel von Integration gesprochen, aber mit ihren Taten ist sie weit hinter ihren schönen Worten vom „Integrationsland Deutschland“ zurückgeblieben. Ich bin also, was die Bilanz der Integrationsarbeit unter Frau Böhmer und Herrn Schäuble angeht, sehr kritisch. Die Situation der Migranten hat sich in den vergangenen drei Jahren durch Integrationsgipfel, Nationalen Integrationsplan und Islamgipfel nicht wesentlich verbessert. Für mich sind das vor allem Schaufensterveranstaltungen gewesen. Dem gegenüber stehen Verschärfungen im Ausländerrecht, wie zum Beispiel bei der Einbürgerung und beim Ehegattennachzug, die kontraproduktiv sind.

Von dieser doppelzüngigen Politik müssen wir weg – hin zu einer modernen Zuwanderungspo-

litik, die den MigrantInnen das Gefühl vermittelt: Ihr seid willkommen. Und dafür brauchen wir nicht nur schöne Worte, sondern auch Taten: Doppelte Staatsbürgerschaft, kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige und ein Punktesystem für die Zuwanderung sind nur drei Stichworte in diesem Zusammenhang.

Ich sage ganz offen: Wir als SPD haben uns da vom Koalitionspartner ein Stück weit die Butter vom Brot nehmen lassen. Es ist höchste Zeit, dass wir unsere guten Konzepte für Integration und Einwanderung wieder stärker und vor allem offensiver vertreten.

spw: In der Integrationsdebatte bezeichnest Du neben Chancengleichheit, politischer Partizipation und erleichterter Einbürgerung auch ein solidarisches „Wir-Gefühl“ als zentrales Handlungsfeld. Was verstehst Du konkret darunter?

„**Lale Akgün:** Mit dem Begriff „solidarisches Wir-Gefühl“ beschreibe ich eine neue Identität, die Einheimische und Zugewanderte gleichermaßen einschließt. Denn ohne eine geteilte Identität kann es keine gesamtgesellschaftliche Integration geben. Und in einem Land, in dem 19 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben, kann die gemeinsame Identität nicht rein national oder völkisch konstruiert sein. Wir können uns also nicht mehr allein über die deutsche Geschichte, das Christentum oder die deutsche Sprache definieren. Was wir stattdessen brauchen ist eine „postnationale Identität“, wie Habermas das einmal genannt hat. Grundlage dieser Identität sind die Werte des Grundgesetzes und eine öffentliche Haltung, die allen Menschen, egal ob einheimisch oder zugewandert, vermittelt: Das ist unser gemeinsames Land.

spw: Vielen Dank für das Gespräch. ■

☞ Dr. Lale Akgün ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seitdem ist sie Islambeauftragte und stellvertretende migrationspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Zuvor war sie über 15 Jahre lang in der Kölner Jugendhilfe tätig und leitete von 1997 bis 2002 das Landeszentrum für Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen.

☞ Das Interview führte Stefan Stache.

Staatswirtschaft 3.0 – Mit öffentlichen Unternehmen Gutes tun

Einleitung zum Schwerpunkt

von Sebastian Jobelius und Stefan Stache



Foto: Andreas Braun

» Knapp 15 Jahre nach der Privatisierung der neuseeländischen Bahn hat der Staat das Unternehmen vollständig zurückgekauft. Die öffentliche Eigentümerschaft wird als bester Weg betrachtet, um die strategischen Ziele der Regierung umzusetzen: Modernisierung der Infrastruktur, Ausbau des Schienenverkehrs, Reduktion der CO₂ Emissionen.

Das Vorreiterland der Liberalisierung und Privatisierung liefert damit erneut ein Symbol für einen Epochenwechsel: Die Zeit der selbstverständlichen Privatisierung öffentlichen Besitzes geht zu Ende, die Grenzen der Übertragung öffentlicher Aufgaben auf private Anbieter sind in vielen Ländern und Kommunen erreicht und zum Teil überschritten

worden. Die Erfahrung mit den empfohlenen Behandlungen führt dazu, dass politische EntscheidungsträgerInnen neoliberal angeleiteten Rezepten zunehmend kritisch gegenüberstehen.

□ Privatisierung schwer umkehrbar

Auch in Deutschland wurde kräftig an der Privatisierungs- und Liberalisierungsschraube gedreht. Hinweise auf die Dimension der Aktivitäten finden sich in den Beiträgen von Tim Engartner und Christina Deckwirth. Auch hier nehmen die Fälle zu, in denen gemeinwohlorientierte Ziele auf Grund erfolgter Privatisierungen nicht mehr verfolgt werden können. Dies ist besonders da der Fall, wo die öffentliche Hand sich vollständig von ihrem Besitz getrennt hat. Zum Teil lassen sich Fehler aus der Vergangenheit – meist verbunden mit hohen Verlusten – wieder korrigieren. So beabsichtigt der Bund beispielsweise einen Anteil an der im Jahr 2000 vollständig privatisierten Bundesdruckerei zurückzukaufen, um damit auf die gestiegenen Sicherheitsanforderungen an Ausweisdokumente zu reagieren. Nicht immer ist es jedoch möglich, falsche Privatisierungsschritte durch Rückkauf oder Wiedereinstieg zu korrigieren. Es bleiben dann nur noch Instrumente wie das Vergaberecht oder andere Formen der sozialpolitisch motivierten Quersubventionierung, um Interessen in Bereichen zur Geltung zu bringen, in denen die öffentliche Hand vormals direkt agieren konnte. Beispiele sind die Diskussion um Basis-Stromtarife oder steigende Kosten für Unterkunft und Heizung, auf die in manchen Städten nicht mehr mit der Bereitstellung von Sozialwohnungen reagiert werden kann.



Dass in Rathäusern und Regierungen die ausnahmslose Privatisierungspolitik zunehmend kritisch gesehen wird, hat nicht nur mit rein sachlichen Erwägungen zu tun. Klar ist auch, dass die Bevölkerung das Prinzip „Privat vor Staat“ nie nachvollzogen hat. PolitikerInnen müssen die Erfahrung machen, dass sie für Probleme in der Müllentsorgung oder steigende Energiepreise auch dann verantwortlich gemacht werden, wenn sie keinen Einfluss in diesen Bereichen mehr haben. Wo der Verweis auf fehlende Kompetenzen Wählerinnen und Wähler nicht zufrieden stellt, bleibt nur der Ausweg, Wege zur Durchsetzung gemeinwohlorientierter Interessen zurückzuerobern.

□ Steuerungsdefizite

Von einem Trend der Rekommunalisierung zu sprechen, wäre gleichwohl verfrüht. Hauke Jagau, Präsident der Region Hannover, verdeutlicht, dass die öffentliche Kompetenz nach Privatisierungen schwer zurückzugewinnen ist. Zudem betrachte die Politik noch zu häufig die Veräußerung kommunalen Eigentums als wirksames Mittel zur Lösung von Haushaltsproblemen. Rechtliche Rahmenbedingungen, wie z.B. die Einschränkung der Auftragsvergabe an kommunale Tochterunternehmen, erschweren die Arbeit.

Dort wo Besitz der öffentlichen Hand erhalten geblieben ist, besteht die neue Herausforderung darin, den politischen Willen des Gesetzgebers oder der gewählten VertreterInnen einer Kommune in die unternehmerischen Entscheidungsabläufe einzubringen. Wie ein vom WSI gefördertes Forschungsprojekt gezeigt hat, fehlt vielen kleinen und mittleren Kommunen noch ein angemessenes Beteiligungsmanagement mit klaren Zielstrukturen für die Unternehmen. Die Kohärenz der Erledigung öffentlicher Aufgaben und die Rückbindung der Unternehmenssteuerung an das kommunale Parlament sei nicht befriedigend. Auch die zu hundert Prozent im öffentlichen Besitz befindliche Deutsche Bahn AG hat, von staatlichem Einfluss zunehmend befreit, hauptsächlich unter kaufmännischen Gesichtspunkten agieren können. Dabei

sind übergeordnete Ziele zunehmend aus dem Blick geraten. Tim Engartner führt in seinem Beitrag die Angleichung der Lebensverhältnisse ins Feld, welche durch die Abkopplung strukturschwacher Regionen von Verkehrsnetzen zusätzlich erschwert wird, sowie eine sozialverträgliche Tarifgestaltung.

Auf Seiten der Beschäftigten der kommunalen Unternehmen ist infolge der Ausgliederung von Leistungen aus der kommunalen Verwaltung auch eine Ausdifferenzierung der Gehaltsstrukturen festzustellen (vgl. Bremeier, Wolfram/ Brinckmann, Hans/ Kilian, Werner: Kommunale Unternehmen im Konzern Stadt, in: spw 15, S. 14-19). Während beispielsweise der Spartentarifvertrag für die Versorgungsbetriebe (TV-V) Standards oberhalb des TVöD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst) vorsieht, unterschreitet der Tarifvertrag für die Nahverkehrsbetriebe (TV-N) die Standards zum Teil erheblich.

Unternehmen im öffentlichen Besitz oder mit öffentlicher Beteiligung sind also aufgrund von politischen Steuerungsdefiziten und unternehmerischen Fehlentscheidungen noch kein Garant für sozial und gesellschaftlich verantwortliche Unternehmenspolitik. Dennoch können die Bürgerinnen und Bürger zu Recht erwarten, dass die Regierung oder Gemeinden als öffentliche Anteilseigner in besonderer Weise für eine soziale und gesellschaftlich verantwortliche Unternehmenspolitik eintreten.

□ Kriterien gesellschaftlicher Verantwortung

An welchen Punkten sich genau die soziale und gesellschaftliche Verantwortung öffentlicher Unternehmen niederschlagen kann, hängt von dem Betätigungsfeld, der wirtschaftlichen Lage und spezifischen Herausforderungen ab. Hier seien daher nur einige wichtige Kriterien genannt, die weder abschließend sind, noch für jedes Unternehmen gelten müssen.



Auf der betrieblichen Ebene zählen dazu eine faire Bezahlung, Leistungen zur betrieblichen Altersvorsorge, die Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Achtung der ArbeitnehmerInnenrechte und frühzeitige Einbeziehung der ArbeitnehmerInnen in die unternehmerischen Entscheidungen. Ein wichtiger Indikator für die soziale und gesellschaftliche Verantwortung von öffentlichen Unternehmen ist die Ausbildungsleistung. Als einer der größten Arbeitgeber können öffentliche Unternehmen einen großen Beitrag dazu leisten, jungen Menschen berufliche Perspektiven zu eröffnen. Von öffentlichen Unternehmen kann auch erwartet werden, dass sie zusätzliche Anstrengungen unternehmen, Jugendlichen mit besonderen Schwierigkeiten einen Ausbildungsabschluss zu ermöglichen.

Im Kerngeschäft des öffentlichen Unternehmens kann erwartet werden, dass die Produkte in besonderem Maße zur Lösung relevanter gesellschaftlicher Herausforderungen in dem jeweiligen Bereich beitragen sollen. Stichworte sind eine nachhaltige Energiepolitik, sozial-integrativer Wohnungsbau, ein den Bedürfnissen behinderter Menschen gerecht werdender öffentlicher Nahverkehr usw..

Schließlich muss es im Interesse eines öffentlichen Anteilseigners liegen, die wirtschaftliche Entwicklung der Region insgesamt zu berücksichtigen. Viele Kommunen sind heute froh, wenn sie die Privatisierungswelle so überstanden haben, dass sie über genügend Instrumente verfügen, um Einfluss auf die Entwicklung der regionalen Infrastruktur und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse oder die Beschäftigungsbedingungen in ihrer Region nehmen zu können. Hauke Jagau nennt in diesem Zusammenhang die Sicherung einer attraktiven medizinischen Versorgung in der Fläche. Ein Thema von hoher Bedeutung nicht nur für die Kranken, sondern auch für die Angehörigen, Beschäftigten oder örtlichen Dienstleister.

□ Gestaltungsspielräume öffentlicher Unternehmen

» Wie diese Ziele in der kommunalpolitischen Praxis erreicht werden können, ist Gegenstand der Ausführungen von Hauke Jagau und der Beiträge von Norbert Kastner und Marc Herter. Sie zeigen auf, wie im Spannungsfeld zwischen gemeinwohlorientierten Interessen und betriebswirtschaftlichen Zielen Spielräume für eine Unternehmenspolitik genutzt werden, in der die öffentliche Handschrift deutlich lesbar ist. Viele Beispiele zeigen, dass öffentlicher Besitz und eine effiziente und kundennahe Unternehmensführung keine Gegensätze sind, und dass Unternehmen im öffentlichen Besitz in Bezug auf Renditeorientierung und Renditeverwendung einer anderen Logik als private Unternehmen folgen können bzw. sollten. Sie bilden damit in vielen Sektoren ein wichtiges und unverzichtbares Korrektiv zu rein privaten unternehmerischen Aktivitäten.

» Die Beiträge dieses Schwerpunkts diskutieren in Anknüpfung an Heft 155 „Kommunale Wirtschaft“ die Rolle öffentlicher Unternehmen. Darüber hinaus hat die Debatte um gemeinwohlorientiertes Wirtschaften im marktwirtschaftlichen Sektor im Zusammenhang der spw einen breiteren Hintergrund: Öffentliche Unternehmen stellen mit großem Abstand den größten Sektor unternehmerischer Betätigung mit öffentlichen Besitzstrukturen dar und sind damit ein wichtiger Bezugspunkt in der Debatte. Jenseits öffentlicher Beteiligungen können aber ebenso Formen solidarischer Ökonomie, wie z.B. selbstverwaltete Betriebe oder Genossenschaften, gemeinwirtschaftlichen Zielen wie dem Erhalt von Arbeitsplätzen, der Sicherung der Daseinsvorsorge oder der Entwicklung fortschrittlicher Produkte verpflichtet sein. Mit einem Einblick in dieses Feld der Ökonomie werden wir uns in einem der nächsten Schwerpunkte der spw beschäftigen. ■

☞ Sebastian Jobelius, Politikwissenschaftler, lebt und arbeitet in Berlin.
☞ Stefan Stache, ist spw-Chefredakteur.



Foto: Christian Kiel

Privatisierung kommunal

Stand der Liberalisierung und Privatisierung in der Bundesrepublik Deutschland

von Christina Deckwirth



» Lange Zeit galt die Bundesrepublik Deutschland als recht schwerfälliges Privatisierungsland. Tatsächlich begann etwa die Restrukturierung der zwei großen Staatsunternehmen im Infrastrukturbereich, Bundespost und Bundesbahn, zunächst recht zögerlich. Europäische Einflüsse, finanzielle Zwänge durch die Wiedervereinigung sowie die ideologische Öffnung einer breiten Akteurskonstellation zugunsten einer Wettbewerbsorientierung ermöglichten allerdings Mitte der 1990er Jahre einen Durchbruch im Liberalisierungs- und Privatisierungsprozess. Mittlerweile sind nun die ehemaligen Staatsunternehmen nach wettbewerblichen Maßstäben restrukturiert worden (vgl. Deckwirth 2008). Die Deutsche Post, die Telekom, Lufthansa oder die Energieriesen RWE und E.ON agieren als Global Player auf dem Weltmarkt. Gleichzeitig wird auch in den Kommunen der Verkauf der öffentlichen Unternehmen vorangetrieben. Anders aber als die Öffentlichkeitswirksamen Börsengänge – seien sie bereits vollzogen oder nur geplant – der Post, Telekom und Deutschen Bahn – vollzieht sich die Privatisierung in den Kommunen eher schleichend. Erst in den letzten Jahren erfahren sie zunehmende Aufmerksamkeit, nachdem sich in vielen Orten lokale Initiativen gegründet haben, die auf Missstände aufmerksam machen. Die Forderungen nach Rekommunalisierungen werden lauter. Die Entwicklung in den Kommunen wird daher wesentlich dazu beitragen, wie sich der Privatisierungsprozess in Deutschland weiterentwickelt.

In Deutschland sind die Kommunen zentrale Träger öffentlicher Aufgaben – sie erbringen etwa Zweidrittel aller öffentlichen Investitionen (vgl.

Wollmann 2002: 5). Im europäischen Vergleich zeichnet sich der öffentliche Sektor der Bundesrepublik durch eine hohe Bedeutung der Kommunalwirtschaft und das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung aus, die historisch durch die späte Bildung eines deutschen Nationalstaats bedingt sind (vgl. Mayer 2007: 50). Zu den klassischen Feldern der öffentlichen Kommunalwirtschaft zählen die Versorgungswirtschaft, d.h. die Energie- und Wasserversorgung, die Abfall- und Abwasserentsorgung, der ÖPNV sowie die Sparkassen. In den Bereichen Rettungsdienste, Krankenhäuser, Kindertagesstätten, Alten- und Pflegeheime schließlich ergänzen sich kommunale und freie, v.a. kirchliche Träger. Die Privatisierung dieser kommunalen Aufgaben ist unterschiedlich weit fortgeschritten (vgl. Abbildung 1). Sektoren mit hoher Ausgliederungsquote sind die Versorgungswirtschaft (Strom, Gas), der ÖPNV sowie Krankenhäuser (vgl. Richter et al. 2006: 121). Kaum von Ausgliederungen betroffen dagegen sind Kindertagesstätten, Sportstätten oder kulturelle Einrichtungen wie Büchereien.

Besonders aktive Privatisierer sind die größeren Städte, die mit lukrativeren Privatisierungsobjekten um Investoren werben können: Im Rahmen einer Befragung von 300 Kommunen gaben 72 Prozent der befragten Städte mit mehr als 200.000 EinwohnerInnen an, materielle Privatisierungen vorgenommen zu haben (Janetschek 2007: 4, vgl. auch Richter et al 2006: 114). Insgesamt repräsentieren die Städte, in denen öffentliche Unternehmen (teil-)verkauft wurden, bereits mehr als die Hälfte der Bevölkerung in der Bundesrepublik (vgl. ebd.: 13). Mittlerweile lässt sich jedoch ein leichter Ab-



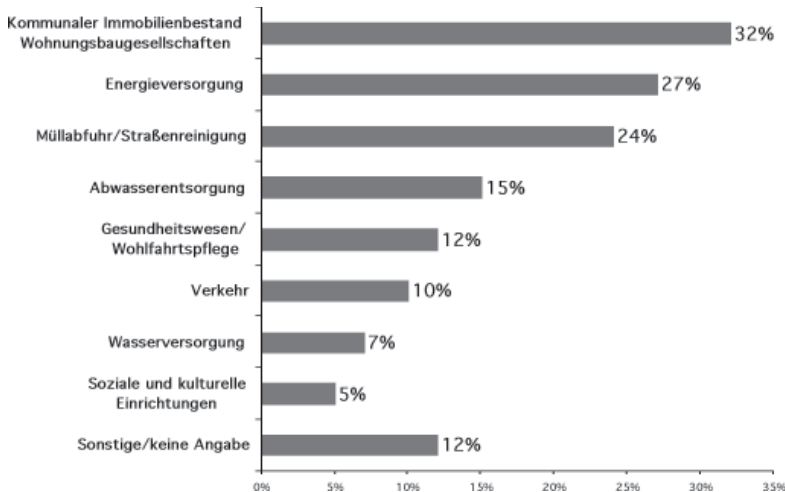


Abbildung 1: Sektoren, in denen Kommunen Privatisierungen vorgenommen haben. Quelle: Ernst & Young 2007.

wärtstrend bei den Privatisierungsbestrebungen in der Kommune erkennen. So sanken die Einnahmen, die aus Veräußerungen erzielt wurden, zwischen den Jahren 2000 und 2006 von 4,6 Prozent auf 3,9 Prozent der gesamten kommunalen Einnahmen (vgl. Abbildung 2). Als Anlass für die Privatisierungsbestrebungen in Kommunen werden vor allem die leeren kommunalen Haushalte genannt, die durch die Einnahmeverluste durch Steuerreformen, den konjunkturell bedingten Rückgang der Gewerbesteuer sowie eine makroökonomische Austeritätspolitik herbeigeführt wurden. Kommunen erscheint ein Verkauf ihrer Stadtwerke, Kliniken und Wohnungsbestände häufig als einziger Ausweg, um wachsende Investitionslücken zu schließen und den kommunalen Haushalt zu entlasten (vgl. Huffschild 2007; Janetschek 2007: 5).

Darüber hinaus wird der Privatisierungsprozess aber auch durch die europäische und deutsche Liberalisierungs-, Wettbewerbs- und Vergabepolitik beschleunigt, die die bestehenden Ordnungsrahmen für die Kommunalwirtschaft verändern. Schließlich trägt die Einführung von Elementen des »New Public Management« zu einer Restrukturierung kommunaler Tätigkeitsfelder bei. Seit Beginn der 1990er Jahre übertrug die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanage-

ment (KGSt) dieses zunächst im angelsächsischen Raum entwickelte Modell in Form des »Neuen Steuerungsmodells« (NSM) auf die kommunale Verwaltung in Deutschland. Das NSM zielt vor allem auf eine betriebswirtschaftliche Modernisierung der Verwaltung sowie auf eine Beschränkung kommunaler Aufgaben durch Outsourcing und Privatisierung (vgl. Wollmann 2002: 15f.). Dem NSM steht der Gedanke Pate, Kommunen und Städte selbst zu Konzernen bzw. »Profit-Center« umzubauen (vgl. Wohlfahrt/Zühlke 2005).

□ Die Reorganisation der Kommunalwirtschaft: Schleichende Privatisierung im Energie- und Wassersektor

Am Beispiel der kommunalen Versorgungsunternehmen in den Sektoren Energie und Wasser lässt sich die Privatisierung der Kommunalwirtschaft genauer nachzeichnen. Zum sektorspezifischen Ordnungsrahmen der Energie- und Wasserwirtschaft gehörten vor allem die Gebietsmonopole, die den Markt unter den Versorgungsunternehmen aufteilen und durch Demarkationsverträge das Engagement außerhalb dieser Monopolgebiete untersagten. Im Energiesektor belieferten die großen Verbundunternehmen wie RWE,

VEBA und VIAG aufgrund der Konzessionsverträge zwischen Kommunen und lokalen Versorgungsunternehmen nicht direkt den Endverbraucher. In der Energiewirtschaft galt diese Wettbewerbsordnung bis 1998, in der Wasserwirtschaft besteht das Modell der Gebietsmonopole bis heute fort. Ein wichtiges Instrument zur Organisation und Finanzierung der gemeindeeigenen Versorgungsdienstleistungen war der kommunale Querverbund, d.h. die Erbringung mehrerer Dienstleistungen aus einer Hand: meist Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung sowie ÖPNV und Bäder.

Die Liberalisierung des deutschen Energiemarktes begann in den frühen 1990er Jahren. Das Energiewirtschaftsgesetz von 1998 führte zu einer sofortigen und vollständigen Marktöffnung im Elektrizitätssektor, da in Deutschland bereits eine Vielzahl von Energieunternehmen tätig war, wählte die Bundesregierung den »verhandelten Netzzugang«. Das bedeutet, dass die Marktteilnehmer – und nicht eine Regulierungsbehörde – über Verbändevereinbarungen selbst die Bedingungen und Entgelte des Netzzugangs festlegen sollten. Von den ehemals neun Verbundunternehmen zu Beginn der 1990er Jahre bestehen heute nur noch vier: Die beiden größten Energieunternehmen sind

RWE und E.on, die mit ihrem Marktanteil von 60 Prozent laut Bundeskartellamt (2003: 163f.) ein »Duopol« bilden. Dahinter folgen EnBW (Energie Baden-Württemberg) und Vattenfall Europe, Tochter des schwedischen Staatskonzerns Vattenfall AB. Infolge der Liberalisierung wurden diese Unternehmen auch auf der kommunalen Ebene aktiv und kauften Anteile an kommunalen Energieversorgungsunternehmen bzw. Stadtwerken.

Der deutsche Wassersektor liefert ein erstaunliches Beispiel für einen Privatisierungsprozess ohne vorangehende Sektorliberalisierung. In einer Stellungnahme aus dem Jahr 2002 forderte der Bundestag die Bundesregierung auf, statt der Liberalisierung nun eine »Modernisierungsstrategie« zu entwickeln (vgl. Bundestag 2002), um die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher WVUs nun durch eine Zentralisierung und die Förderung von privatwirtschaftlichem Engagement zu steigern (vgl. ebd.). Ob dieser Prozess auch eine Veränderung des wasserwirtschaftlichen Ordnungsrahmens nach sich ziehen wird, ist eher fraglich (vgl. Scherrer et al. 2004: 69). Trotz einer fehlenden kohärenten Liberalisierungspolitik und der noch immer bestehenden Gebietsmonopole finden im Wassersektor umfangreiche Privatisierungsprozesse statt. Durch die Erbringung der Energie- und

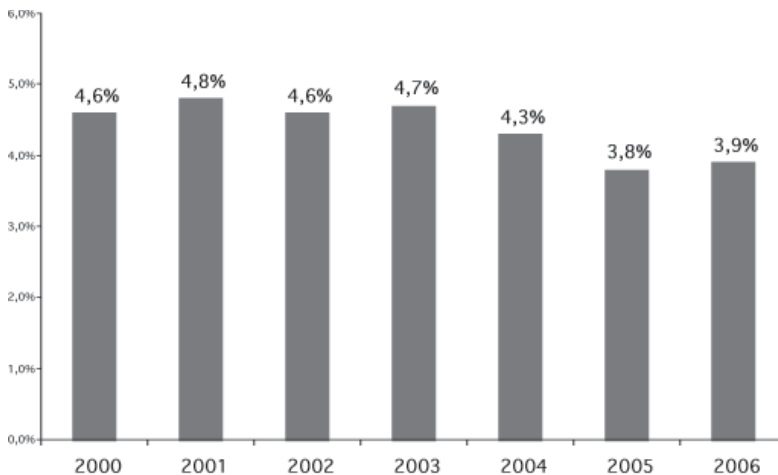


Abbildung 2: Einnahmen, die Kommunen aus Vermögensveräußerungen erzielt haben. Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Wasserversorgung in Form von Querverbünden führte die Energiemarktliberalisierung zur gleichzeitigen Privatisierung der Wasserversorgung – quasi als »Nebenwirkung«. Die vier großen Energiekonzerne zeigten sich am gleichzeitigen Aufkauf des Wassergeschäfts interessiert, weil der Wassersektor durch die noch bestehenden Gebietsmonopole Sicherheiten bietet und damit auch langfristige Kunden bindet (vgl. Musiolik 2007: 49f). Im Jahr 2004 wurden etwa ein Drittel der deutschen Bevölkerung von Wasserversorgungsunternehmen versorgt, an denen private Unternehmen beteiligt sind (vgl. ebd.: 93).

□ Privatisierung im Gesundheitswesen: Das Vordringen der Krankenhaus- konzerne



Das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik war schon vor Beginn der Restrukturierung vorrangig nicht-staatlich organisiert. Es ist weitgehend von freien Berufen wie Ärzten und Apothekern, Pharmaunternehmen oder freien Trägern im Bereich der Krankenhäuser dominiert (vgl. Bäcker et al 2000: 47ff). Selbst die Finanzierung erfolgt nur in geringem Maße direkt durch den Staat, sondern vor allem durch Sozialversicherungen. Die öffentliche Hand betätigt sich allerdings in Form der Einrichtung von Gesundheitsämtern sowie als Träger von städtischen oder Landes-Krankenhäusern sowie Hochschulkliniken.

Der wohl auffälligste Trend im Reorganisationsprozess der Krankenhäuser in Deutschland ist der (Teil-)Verkauf an neu entstandene Krankenhauskonzerne (vgl. Schulten 2006). Eine erste größere Welle der Krankenhausverkäufe setzte zu Beginn der 1990er Jahre ein. Als Teil des Transformationsprozesses nach der Wiedervereinigung betraf sie vor allem die neuen Bundesländer. Eine zweite Welle der Krankenhausprivatisierungen begann Anfang des neuen Jahrtausends und betraf nun auch vermehrt Kliniken in Westdeutschland. Neben fehlenden öffentlichen Investitionen liegen die Ursachen für die Privatisierungen in Veränderungen des Finanzierungssystem der Krankenhäuser seit

den 1990er Jahren (Einführung der Budgetdeckung und der Fallpauschalen, vgl. Boehlke/Schulten 2008: 25f). Im Vergleich zum Jahr 1991 ist der Anteil privater Krankenhäuser bis 2004 um 10,8 Prozent gewachsen, während die öffentlich betriebenen um 10,0 Prozent gefallen sind (vgl. ebd.: 4). Von den insgesamt 1.846 Krankenhäusern in Deutschland befanden sich im Jahr 2006 26,4 Prozent in privater Hand, 38,6 in freigemeinnütziger und 35,0 Prozent in öffentlicher Trägerschaft (Die Angaben beziehen sich auf Allgemeinkrankenhäuser mit Unikliniken, ohne psychiatrische Fachkliniken und Rehabilitations-Krankenhäuser, Stand 31.12.2005. Vgl. Stumpfögger 2007: 5). Mit 51,5 Prozent befindet sich allerdings noch die knappe Mehrheit aller Krankenhausbetten in öffentlicher Hand, während sich 12,2 Prozent der Betten in privaten Krankenhäusern befinden (vgl. ebd.). Der spektakulärste Fall einer Krankenhausprivatisierung war die Veräußerung des Universitäts-Klinikums Marburg-Gießen. Nach der zweiten Welle der Privatisierung seit den Jahren 2001/2002 zeichnet sich nach Einschätzung der Bundesärztekammer (2007: 45) eine »Intensivierung« der Verkäufe ab. Etwa 150 Kliniken – darunter psychiatrische Einrichtungen und Universitäts-Kliniken – sind dabei nach Angaben des Deutschen Krankenhausinstituts strategisch interessant für private Investoren (vgl. ebd.).

Mittlerweile hat sich in der Bundesrepublik ein dynamischer Krankenhausmarkt entwickelt, der durch einen steigenden Marktanteil privater Konzerne und Unternehmenskonzentrationen geprägt ist. Der größte Käufer ist die Asklepios Kliniken GmbH, die im Jahr 2006 72 Kliniken betrieb. Gefolgt wird sie von Helios Kliniken Gruppe (56 Kliniken), Rhön-Klinikum AG (45 Kliniken) und Sana Kliniken (33 Kliniken) (vgl. Stumpfögger 2007: 9). In keinem anderen europäischen Land findet ein ähnlich rasanter Verkauf von vielen und großen Krankenhäusern statt. So hat sich Deutschland mittlerweile zum Sitz der größten Krankenhauskonzerne Europas entwickelt (vgl. ebd.: 4). Die Auswirkungen der Restrukturierung der Krankenhäuser – sei es durch direkte materielle Privatisierungen oder durch die vermehrte Einführung ökonomischer Kriterien (»Kommerzialisierung«) – lassen sich

bereits abschätzen. Am auffälligsten ist dabei sowohl für die Beschäftigten wie die PatientInnen die höhere Arbeitsbelastung durch Arbeitsverdichtung. Dabei zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Kliniken. Während in öffentlichen Kliniken eine Vollkraft 3,5 Betten versorgt, sind dies bei privaten 5,3 Betten (vgl. Bundesärztekammer 2007: 48).

□ Kritik, Proteste und Rekommunalisierungen

» Als die Teilprivatisierungen lokaler Stadtwerke und Krankenhausprivatisierungen seit dem Jahr 2000 zunahmen und vermehrt öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zogen, setzten auf kommunaler Ebene Proteste ein. Besondere Politisierung erfuhren – wie auch in anderen europäischen Ländern – der Wasser- und der Gesundheitssektor. So verhinderte beispielsweise das Bündnis »Unser Wasser Hamburg« die geplante Privatisierung der Wasserwerke (vgl. Otto 2008.); in Dessau waren es vor allem die Proteste der Beschäftigten und der Gewerkschaften, die den Verkauf der dortigen Wasserwerke verhindern konnten (vgl. Pflug 2008). In Leipzig stellte sich im Januar 2008 eine überwältigende Mehrheit von 87 Prozent in einem Bürgerentscheid gegen den bereits beschlossenen Teilverkauf der Stadtwerke an Gaz de France (Süddeutsche Zeitung, 28.1.2008). Auch gegen Krankenhausprivatisierungen – etwa in Hamburg, Zwickau, Meissen oder Wohnungsprivatisierungsvorhaben – so etwa in Freiburg – bildeten sich an vielen Orten z.T. erfolgreiche Protestbewegungen (vgl. Schulten 2006: 18, Klus et al. 2008, Deckwirth et al. 2004: 26f).

Zunehmend engagieren sich kleinere Kommunen und Bürgerinitiativen nicht nur gegen Privatisierungen, sondern setzten sich für genossenschaftliche Modelle oder Rekommunalisierungen ein. Insbesondere in der Abfallentsorgung wird bereits von einem neuen Rekommunalisierungstrend gesprochen (vgl. Die Welt NRW, 3.4.2007). Laut einer Umfrage von Ernst&Young sehen 32 Prozent der befragten Kommunalpolitiker »erheb-

liche grundsätzliche Probleme oder Risiken bei der Einbindung privater Anbieter oder Investoren« in kommunale Unternehmen in allen Sektoren – vor allem da die bisherigen »Leistungs- und Qualitätskriterien« nicht eingehalten wurden (vgl. Janetschek 2007: 32). Insgesamt wollen 10 Prozent aller Kommunen, die Privatisierungen durchgeführt haben, privatisierte Aufgaben wieder an die öffentliche Hand übertragen (vgl. ebd.: 18). Beispiele gibt es wiederum vor allem in der Entsorgungswirtschaft – etwa in Lüneburg, Dortmund oder Freiburg (<http://kommunalverwaltung.verdi.de/themen/rekommunalisierung>). Aber auch in der Energie- und Wasserwirtschaft finden Rückkäufe statt. In Ahrensburg etwa wurde die zuvor von E.ON übernommene Gasversorgung von dem kommunalen Unternehmen zurückgekauft, und in Gummersbach wurde ein genossenschaftliches Elektrizitätswerk errichtet (vgl. Der Neue Kämmerer, 2/2006; www.neuegenossenschaften.de).

Die breite Skepsis gegenüber Privatisierung in der Bevölkerung belegte Ende 2007 eine repräsentative Umfrage, die Forsa im Auftrag des Deutschen Beamtenbundes durchgeführt hatte: Etwa 50 Prozent der Befragten bezeichneten darin ihre generelle Einstellung zur Privatisierung als weniger gut beziehungsweise schlecht, und nur 16 Prozent sprachen sich für weitere Privatisierungen aus. So gibt es durchaus einige Hinweise darauf, dass auch in der Bundesrepublik als dem Land der erfolgreichen Infrastruktur-Global Player und Krankenhauskonzerne vermehrt Zweifel an dem Erfolg von Privatisierungsmaßnahmen aufkommen und Perspektiven für alternative Organisationsformen jenseits von Privatisierung und Kommerzialisierung entstehen. ■

☞ Christina Deckwirth ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Marburg und Mitglied der Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI). Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine gekürzte und leicht überarbeitete Version des Artikels Kommunalwirtschaft und Global Player. Stand der Liberalisierung und Privatisierung in der Bundesrepublik Deutschland: in: Torsten Brandt/Thorsten Schulten/Gabriele Sterkel/Jörg Wiedemuth (Hrsg.): Europa im Ausverkauf, VSA-Verlag, Hamburg 2008.

Grenzen der Privatisierung

von Tim Engartner



Foto: www.photocase.com; © zettberlin

» Hatte lange Zeit die Vorstellung dominiert, der Staat müsse die Feinsteuerung komplexer ökonomischer Systeme übernehmen und im Falle des Marktversagens intervenieren, gewann im Zuge der von Helmut Kohl ausgerufenen „geistig-moralischen Wende“ zu Beginn der 80er-Jahre in den Unternehmen wie in der Politik das Credo des „schlanken Staates“ massiv an Einfluss. Erklärtes Ziel seiner ProtagonistInnen war und ist es, möglichst alle Gesellschaftsbereiche nach dem Vorbild des Marktes zu ordnen.

Vor diesem Hintergrund ist die stetig länger werdende Liste von Privatisierungsobjekten zu sehen. Sie reicht inzwischen von Museen, Schwimmbädern, Universitäten, Kliniken, Seniorenheimen und Theatern über städtische Wohnungsbaugesellschaften bis zu Wasser-, Klär- und Elektrizitätswer-

ken. Dabei begründet man die profitorientierte Ausrichtung der vormals meist gemeinwirtschaftlich organisierten Bereiche mit der Notwendigkeit, dass die Effizienz gesteigert, Synergieeffekte erzielt und Organisationsstrukturen „verschlankt“ werden müssten. Ausgeblendet wird hingegen, dass öffentliche Güter und Dienstleistungen zentrale Zielbereiche der Wirtschafts- und Sozialpolitik betreffen: die Sicherung von Beschäftigung, die Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung, die Gewährleistung der Versorgungssicherheit und die Begrenzung sozialer Ungleichheiten auf personeller und räumlicher Ebene. Insofern ist die Beantwortung der Frage, wer über was im Rahmen der rechtlichen, ökonomischen und ggf. religiösen Regeln eines Sozialsystems verfügen darf (d.h. vornehmlich, in welcher Relation öffentliches und privates Eigentum zueinander stehen), konstitutiv für jede Gesellschaftsordnung.

□ Die Bedeutung von Eigentumsverhältnissen

» Eigentumsverhältnisse sind deshalb bedeutsam, weil Eigentum sowohl aus- als auch einschließend wirken kann. Während Privateigentum nach der geltenden Zivilrechtsordnung (§ 903 Satz 1 BGB) eine Ausschlussbefugnis gegenüber Dritten beinhaltet und damit zugleich Schutz vor staatlicher Willkür gewährt, stellt sich die Sachlage bei Gütern in öffentlichem Eigentum gegensätzlich dar: Öffentliche Güter und Dienstleistungen unterliegen einem politisch zu bestimmenden Zugriff und erlauben in der Regel die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger, wirken mithin



„integrativ“. Gleichzeitig ergeben sich Einschränkungen zulasten des Privateigentums, soll es doch „zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ (Art. 14 Abs. 2 GG). Eine objektive Definition dessen, was „privat“ und was „öffentlich“ ist oder sein sollte, erscheint jedoch nicht immer möglich. Elmar Altwater weist darauf hin, dass es sich in erster Linie um eine normative Entscheidung handelt, und benennt zugleich das zentrale Unterscheidungsmerkmal: „Öffentliche Güter nutzen Menschen in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger; private Güter kaufen sie als Konsumenten. Der eine Anspruch ergibt sich aus einem politischen Recht, der andere aus der Verfügung über monetäre Kaufkraft.“

□ Aushöhlung der Daseinsvorsorge

» Zahlreiche Güter und Dienstleistungen, die aufgrund ihrer ökonomischen Besonderheiten und gesellschaftlichen Funktionen über Jahrhunderte hinweg der Steuerung durch Angebot und Nachfrage entzogen waren, werden zur Disposition gestellt: Was ehemals solidarisch finanziert und organisiert war, wird nunmehr den Gesetzen des Marktes und damit seinen Wettbewerbs-, Selektions- und Ausgrenzungsmechanismen unterworfen.

Von 1982 bis zum Jahresende 2005 sank die Zahl der unmittelbaren und mittelbaren staatlichen Beteiligungen auf Bundesebene von 985 auf den historischen Tiefstand von 109. Mehr als die Hälfte dieser Privatisierungen wurden nach 1999 durchgeführt, was erkennen lässt, dass die Reduzierung staatlicher Steuerungsansprüche als zentrales Leitmotiv neoliberaler Politikkonzeptionen von der vorgeblich auf den „aktivierenden Staat“ setzenden rot-grünen Bundesregierung mit besonderem Nachdruck umgesetzt wurde. Seit Beginn der 80er-Jahre wurden so bedeutsame bundeseigene Unternehmen wie die VEB-Gruppe (Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG), die als Dachgesellschaft für Industriebeteiligungen des Deutschen Reiches gegründete VIAG, die Immobiliengesellschaft IVG, die Deutsche Lufthansa, die Bundesanstalt für Flugsicherung (BFS), die Deut-

sche Siedlungs- und Landesrentenbank (DSL), die im Maschinen- und Anlagenbau tätige Deutsche Industriebetriebe AG (DIAG), die Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahn (nunmehr Tank und Rast GmbH) sowie die Deutsche Bundespost materiell privatisiert. Privatisierungen finden mit steigender Tendenz nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf kommunaler Ebene statt: Allein im Jahre 2005 veräußerten die Städte und Gemeinden Vermögen im Wert von 5,7 Mrd. Euro, wobei zehntausende Arbeitsverhältnisse in den privatwirtschaftlichen Sektor transferiert – und damit nicht selten prekariert – wurden. Der Hausmüll wird zu beinahe zwei Dritteln von den rund 1.000 privaten Entsorgungsbetrieben beseitigt, unter anderem von den Branchenriesen Remondis und Sulo.

Die Preisgabe staatlicher Gestaltungsmöglichkeiten erfolgt zunehmend mittels eines Instruments, das in nahezu sämtlichen OECD-Staaten an Bedeutung gewinnt: Public Private Partnership. Was nach Partnerschaft auf Augenhöhe klingt und als Heilmittel gegen wachsende Staatsschulden gepriesen wird, erweist sich bei näherer Betrachtung als eine besonders fatale Variante des (Aus-) Verkaufs staatlichen Eigentums. Beliebte PPP-Objekte sind Krankenhausgebäude (Dortmund, Gießen, Leipzig), Justizvollzugsanstalten (Hünfeld, Offenburg), Rat- und Kreishäuser (Esslingen, Gladbeck, Heidelberg, Köln, Ludwigsburg, Unna), Finanz- und Justizzentren (Heidelberg, Kassel, Wiesbaden) sowie Badeanstalten und Bildungseinrichtungen. Der Investor übernimmt nicht nur den Bau des Projekts, sondern trägt auch die Verantwortung für Planung, Finanzierung und Betrieb. Im Gegenzug zahlt der Staat Miete – meist über einen Zeitraum von 20 bis 30 Jahren. Banken, Baukonzerne und Investoren werden auch weiterhin versuchen, sich großvolumige und zugleich sichere Geschäfte mit staatlicher Rückendeckung zu erschließen. Sie profitieren von diesen langfristigen und risikolosen Einnahmen insbesondere deshalb, weil sie vom ersten Tag an verkauft bzw. beliehen werden können. Aus diesem Grund und weil die amtierende Bundesregierung in ihrer jüngsten Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke zu verstehen gab, dass

ihr „gescheiterte PPP-Projekte nicht bekannt“ seien, muss davon ausgegangen werden, dass die Kapital-schöpfung für Private auf absehbarer Zeit kein Ende finden wird – und damit auch die öffentlichen Haushalte weiter ausgezehrt werden.

□ Preisgabe politischer Steuerungselemente bei der Bahn

» Dies gilt auch mit Blick auf die Deutsche Bahn (DB) AG, weshalb die Bahnprivatisierung seit langem einen Kristallisationspunkt in der Debatte um die Frage darstellt, wie weit der „Arm des Staates“ reichen kann, darf und soll. Wenngleich staatliche Wirtschaftstätigkeit nun auch in der Bundesrepublik nahezu unabhängig vom jeweiligen Sektor auf den Prüfstand gestellt wird, so gilt eine alleinige Orientierung an Markt- und Preismechanismen im Verkehrswesen den meisten auf diesem Feld tätigen ExpertInnen doch bis heute als unzulässige Verengung der Sichtweise, wie der Begriff „Verkehrsplanung“ unzweideutig zum Ausdruck bringt.

Die mit nahezu jeder Privatisierung einhergehende Verschärfung sozialer Schieflagen spiegelt sich nicht nur in dem Transformationsprozess wider, den die Bundesbahn auf dem Weg zu einer Aktiengesellschaft durchlaufen hat. Zugleich verfestigen die das Verkehrswesen betreffenden steuerlichen Rahmenbedingungen die sozialen Ungleichheiten auf personeller und räumlicher Ebene. So belastet die zum 1. Januar 2007 in Kraft getretene Kürzung der „Pendlerpauschale“, wonach die Entfernungskilometer zum Arbeitsplatz nur noch ab dem 21. Kilometer steuermindernd geltend gemacht werden können, BezieherInnen kleiner und mittlerer Einkommen überproportional. Sie sahen sich aufgrund der von 1996 bis 2005 gesunkenen Reallöhne, der (durch die Ökosteuer) gestiegenen Benzinpreise und der zeitgleich angehobenen ÖPNV-Tarife schon zuvor kaum mehr im Stande, den gewachsenen beruflichen Mobilitätsanforderungen gerecht zu werden – zumal ihre oftmals prekären Beschäftigungsverhältnisse einen Wohnortwechsel in der Regel nicht rechtfertigen. Nicht

vergessen werden dürfen in diesem Zusammenhang diejenigen Erwerbslosen, die laut Vorgaben der Bundesagentur für Arbeit ungeachtet der öffentlichen Verkehrsversorgung Stellenangebote im Umkreis von bis zu 100 Kilometern annehmen müssen.



Foto: Christian Kiel

Preiswerte und eng getaktete Bahnangebote könnten insofern einen sozialen Ausgleich für diejenigen schaffen, die wie Arbeitslose, RentnerInnen, SchülerInnen, Studierende und Menschen mit Behinderung mangels Zahlungskraft oder aufgrund ihrer körperlichen Konstitution auf kein alternatives Verkehrsmittel wie den eigenen PKW oder das eigene Fahrrad ausweichen können. Schließlich zählen die Genannten zu der Gruppe derjenigen, die von den zum Jahresbeginn 2005 erneut abgesenkten Einkommensteuersätzen nicht profitieren. Insofern würde eine am Gemeinwohl orientierte Tarifgestaltung unter Rahmenvorgaben des Bundes oder der Länder nicht nur Anreize für die Verkehrsmittelwahl zugunsten der Bahn aus-, sondern zugleich einen wesentlichen Bestandteil sozial gerechter (Verkehrs-)Politik einlösen.





Foto: Christian Kiel



Foto: Christian Kiel

Dass es dazu kommen wird, steht indes nicht zu erwarten. Mit dem durch die Kapitalmarktorientierung bedingten Rückzug aus der Fläche, der sich in der Verringerung der „Bahnhofsichte“, der Halbierung der industriellen Gleisanschlüsse und dem Abbau von mehr als 245.000 Arbeitsplätzen seit Beginn der Bahnreform konkretisiert, werden neben sozialen auch regionale Disparitäten missachtet. Insbesondere in ländlich geprägten Regionen Ostdeutschlands zeugen brachliegende Gleistränge und baufällige Bahnhofsgebäude davon, dass eine vorwiegend an kurzfristigen Kosten-Nutzen-Rechnungen ausgerichtete Denkweise Platz gegriffen hat. So forcierte die DB AG unmittelbar nach ihrer Eintragung als Aktiengesellschaft im Handelsregister der Stadt Berlin am 5. Januar 1994 den Trassenab- bzw. -rückbau. Kam es anfänglich nur in sog. peripheren Bedienungsgebieten zu Streckenstilllegungen, wird die Rückzugsstrategie zunehmend auch in Mittel- und Oberzentren sichtbar: Mittlerweile weist das gesamtdeutsche Streckennetz nur noch die Länge der westdeutschen Bahntrassen von 1952 (!) auf.

Zahlreiche durch das Eisenbahnbundesamt (EBA) entwidmete bahneigene Grundstücke stehen zum Verkauf, ist das Schienennetz doch inklusive Brücken, Stellwerken und Signalanlagen als Immobilie „pures Gold“ und damit einen zwei- bis dreistelligen Milliardenbetrag wert. Vom 1. Januar 1994 bis zum Jahresende 2006 beantragte die DB AG erfolgreich die Stilllegung von bundesweit 455 Strecken, wodurch sich das Trassennetz von 42.787 Kilometern auf 34.122 Kilometer verkürzte. Diese Strategie steht in offenem Widerspruch zu der Ankündigung, die sich im Juni 2001 in einer bundes-

weit geschalteten Annonce des Konzerns fand: „Wir wollen wachsen. Und nicht schrumpfen. Wir werden mehr Verkehr auf die Schiene holen – schnell und in der Fläche.“

Als börsennotiertes, von staatlichen Einflüssen weitgehend „befreites“ Unternehmen wird die DB AG unter Wahrung kaufmännischer Gesichtspunkte noch umfassender als bislang solche Zugleistungen und -verbindungen aufgeben, deren Ertragswerte trotz gewährter Zuschüsse negativ sind oder jedenfalls unterhalb der durchschnittlichen Rendite im Bahnsektor liegen. Nach einem Beschluss des DB-Vorstands, der sich zwar nicht in der an entscheidenden Stellen geschwärzten Publikumsfassung des PRIMON-Gutachtens, wohl aber in der den Parlamentariern zugänglichen Ausgabe nachlesen lässt, soll die Strategie des Trassenrückbaus und anschließenden Liegenschaftsverkaufs mit Blick auf private Investoren, die sich ab Oktober mit bis zu 24,9 Prozent an dem Konzern (mit Ausnahme der Infrastruktur) beteiligen dürfen werden, abermals forciert werden. Gutachten der Investmentbank Morgan Stanley und der Unternehmensberatung Booz Allen & Hamilton prognostizieren, dass der Gleiskörper um weitere 5.000 Kilometer und damit auf die Länge des Jahres 1875 im Deutschen Reich reduziert werden wird – unabhängig davon, ob die DB AG an der Börse platziert oder anderweitig an private Großinvestoren wie Gazprom verkauft wird.

□ Verkehrs- als Lebensadern

» Obschon die Frage nach der Reichweite staatlicher Aufgabenwahrnehmung un-
zweifelhaft eine staatstheoretische Di-
mension aufweist, sind die verkehrspolitischen
Entscheidungen aufgrund der gebietskörperschaf-
tenübergreifend prekären Haushaltssituation
häufig nicht mehr durch einen normativen, vom
(wirtschafts)politischen Wollen bestimmten Cha-
rakter geprägt, sondern allein buchhalterischen
Erwägungen geschuldet. Der Gang an die Börse
würde dem Bund zwar ebenso wie eine außerbörs-
liche Veräußerung an Private-Equity-Gesellschaf-
ten oder (Groß-)Investoren hohe Einmaleinnah-
men bescheren, die teilweise als „frisches Kapital“
zurück ins Unternehmen fließen könnten. Da je-
doch die kapitalmarktüblichen Renditen von 15 und
mehr Prozent gegenwärtig deutlich oberhalb der
im Bahnsektor erwirtschafteten drei bis fünf Pro-
zent liegen, werden die Investoren entweder noch
weitere Einsparungen bei den Service- und Sicher-
heitsstandards vornehmen müssen oder für die
Gewährleistung der bisherigen Qualität noch hö-
here staatliche Finanzausschüsse beantragen und
diese dann unter Umständen – wie in Großbritan-
nien geschehen – an die Anteilseigner im Stile
einer Privatisierung der Gewinne weiterleiten.

Die einseitige Konzentration auf den ICE-Hoch-
geschwindigkeitsverkehr, der kostspielige Um- bzw.
Neubau vermeintlich prestigeträchtiger Großbahn-
höfe wie in Berlin und Stuttgart, das Festhalten
am Personalabbau in den Schienenverkehrsspar-
ten, die erneute Anhebung der Fahrpreise zum
9. Dezember 2007, der Verkauf von mehr als 1.200
Bahnhofsgebäuden sowie schließlich der Wandel
der DB AG zu einem global operierenden Logistik-
konzern lassen ein preiswertes, flächendeckendes
und eng getaktetes Bahnverkehrsangebot in wei-
te Ferne rücken. Zu zahlreich sind die Negativ-
aspekte der seit eineinhalb Jahrzehnten währen-
den Bahnreform, die als „Leuchtturm“ der Privati-
sierungsprojekte gepriesen wurde, tatsächlich aber
frappierende Ähnlichkeiten mit der gescheiterten
Bahnprivatisierung in Großbritannien aufweist
– und somit trotz einzelner Lichtblicke nahezu aus-

schließlich Schatten wirft. Es droht endgültig in
Vergessenheit zu geraten, dass Verkehrsadern die
Lebensadern einer Gesellschaft sind, die für nieman-
den verschlossen sein dürfen. Irgendjemand muss
dafür sorgen, dass auch in der Lüneburger Heide,
in der Sächsischen Schweiz und im Bayerischen
Wald noch Züge halten. Auf den Markt ist dort
nämlich kein Verlass.

□ Ende der Privatisierungsspirale?

» Es bleibt abzuwarten, ob sich das Märchen
vom Segen der Privatisierung als zentralem
Hebel neoliberaler Politik weiter wie ein
endloses Spruchband durch Talkshows, Parteitage
und Regierungserklärungen zieht. Orientieren sich
die Verantwortlichen aber weiterhin ausschließlich
am Markt, wird nicht nur der Konvergenzprozess
zwischen Ost und West ausbleiben, der in den
ostdeutschen Bundesländern „blühende Land-
schaften“ entstehen lassen sollte, stattdessen aber
vielfach ein „Mezzogiorno an der Elbe“ schuf. Denn
die auf kommunaler, Landes- und Bundesebene
rollende „Privatisierungswelle“ verschärft die sozio-
ökonomische Polarisierung in der gesamten Bun-
desrepublik – und rührt an den Grundfesten einer
solidarischen, mündigen und sozial durchlässigen
Gesellschaft. ■

☞ Tim Engartner, Dr. phil., Jg. 1976, promovierte nach dem Studium
in Bonn, Oxford und Köln zur Privatisierung des deutschen und briti-
schen Bahnwesens. Gerade ist seine Dissertation mit dem Titel „Die
Privatisierung der Deutschen Bahn“ im VS Verlag erschienen.



Foto: www.fotolia.de; © Val Thoermer

Kommunalwirtschaft 3.0 – Mit Kommunalunternehmen Städte entwickeln

Zur sozialen und gesellschaftlichen

Verantwortung

von öffentlichen Unternehmen

von Norbert Kastner



» Coburg: Bayern (sogar freiwillig durch Volksentscheid 1919!) – ehemaliges Zonenrandgebiet – Veste Coburg und Herzogshaus Sachsen Coburg und Gotha – Coburger Bratwürste – Internationales Sambafestival Coburg – und natürlich: Sitz der HUK-Coburg Versicherungsgruppe. Doch damit erschöpft sich meistens schon das Wissen über meine Heimatstadt, in der ich seit fast 19 Jahren Oberbürgermeister bin. In kommunalen Kreisen vielleicht noch bekannt: Coburg als die Stadt mit den höchsten Pro-Kopf-Gewerbesteuererinnahmen beim gleichzeitig wohl niedrigsten Hebesatz aller kreisfreien Städte.

» Zugegeben – es geht uns in Coburg wirklich gut. Mit der HUK-Coburg Versicherungsgruppe als größten Arbeitgeber und Gewerbesteuerzahler haben wir einen standorttreuen Partner, der uns einiges ermöglicht, was andernorts nicht machbar wäre. Aber auch wir können jeden Euro nur einmal ausgeben und auch wir haben in unserem „Unternehmen Stadt“ (oder besser: „Konzern Stadt“) eine Menge an Problemen lösen müssen – und werden noch viele Herausforderungen zu bewältigen haben.

So ist über die Jahre hinweg in Coburg ein sehr weit reichendes Gebilde städtischer Beteiligungen entstanden, das meines Erachtens an einigen Stellen beispielhaft sein kann. Von Anfang an war es dabei Ziel, alle kommunalen Unternehmen immer zu 100 Prozent in kommunaler Hand zu behalten. Nur so ist gewährleistet, dass die Ausgründungen städtische Ziele verfolgen und nicht die finanziellen Interessen privater Dritter.

Betrachtet man nur einmal die Bilanz der Städtischen Werke Überlandwerke Coburg GmbH (SÜC), so flossen bspw. im Jahr 2006 fast 21 Millionen Euro durch Aufträge an die heimische Wirtschaft direkt wieder in den regionalen Wirtschaftskreislauf zurück; fast 16 Millionen Euro wurden an die MitarbeiterInnen und PensionärInnen ausgezahlt, 250.000 Euro wurden für Sponsorings in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales ausgegeben, 700.000 Euro Gewerbesteuer entrichtet usw. So ist insgesamt eine Wertschöpfung von über 45 Millionen Euro für die und in der Region zu verzeichnen.

Umso erfreulicher, dass der Regierungsentwurf für das Jahressteuergesetz 2009 den steuerlichen Querverbund innerhalb kommunaler Unternehmen sichert. Ohne diese steuerliche Verrechnungsmöglichkeit der Ergebnisse aus Energie- und Wasserversorgungsunternehmen mit den Ergebnissen von in der Regel defizitären Verkehrs- oder Bäderbetrieben wäre auch die kommunale Daseinsvorsorge eines wichtigen, wenn nicht des wichtigsten Standbeines beraubt! Diese Regelung muss auf Dauer gesichert bleiben, sonst wäre manches politisch bzw. gesellschaftlich Wünschenswerte finanziell einfach nicht mehr leistbar.

Dagegen führen die politisch motivierten und in der Praxis kaum nachvollziehbaren Senkungen bei den Netzentgelten im Ergebnis dazu, dass keine oder nur die nötigsten Investitionen in die vorhandene Netz-Infrastruktur getätigt werden. Aufgrund dieser Vorgaben steht zu befürchten, dass bisher gewohnte Standards (auch in anderen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge) nicht aufrecht erhalten werden können.

» Einfacher hat es uns die Gesetzgebung der letzten Jahre insgesamt sicher nicht gemacht. Allein die Mitteilungs- und Dokumentationspflichten haben in Coburg (und sicher nicht nur hier) dazu geführt, dass bis zu zehn Prozent mehr Personal für den Netzbetrieb eingestellt werden musste. Ein weiteres Problem, ausgelöst allein durch gesetzliche Regulierung, sind die Wechselprozesse der EnergieversorgerkundInnen. Die Regulierungsbehörde setzt hier ein einheitliches Standardverfahren voraus, das sogar die Datenformate für die Kommunikation zwischen Stadtwerken und privaten Energieversorgungsunternehmen vorschreibt.

Unstrittig ist für die kommunalen Versorgungsbetriebe der Wettbewerb in den letzten Jahren härter geworden. In Coburg beispielsweise drängen momentan nicht weniger als 30 verschiedene Stromanbieter auf den Markt. Auch der Einkauf der benötigten Jahresstrommenge, die sich zwischenzeitlich ausschließlich nach teilweise immens schwankenden Börsenpreisen richtet, entscheidet oftmals über ein wirtschaftlich erfolgreiches oder eben nur durchschnittliches Geschäftsjahr. Bezogen allein auf die benötigte Strommenge der Städtischen Werke Überlandwerke Coburg, kann ein um 14 Tage versetzt angesetzter Einkauf auf dem Energiemarkt einen Kaufpreisunterschied von sieben Millionen Euro ausmachen.

Ist somit vor dem Hintergrund der Liberalisierungstendenzen auf dem Gas- und Strommarkt die Daseinsvorsorge als solche überholt? Können diese Liberalisierungstendenzen nicht auch anders verstanden werden? Weisen sie vielleicht gerade den kommunalen Versorgern den Weg in die Zukunft? Vielleicht. Durch den Bau eines Müllheizkraftwerkes in Coburg haben wir zum Beispiel bereits vor rund 20 Jahren einen solchen möglichen Zukunftsweg beschritten. Mit unvergleichbar weniger Regulierungsansätzen bietet uns die dort gewonnene Fernwärme einen Zukunftsmarkt, den es in den kommenden Jahren nur noch weiter zu erschließen gilt.

Ebenso sollten in der Zukunft mehr Anstrengungen unternommen werden, um mögliche Synergien zwischen kommunalen Unternehmen zu erschließen. Stichwort: Konzernsteuerung. In Coburg ist uns dies partiell bereits ganz gut gelungen. Aber: Gerade hier wollen und müssen wir noch aktiver werden, getreu dem Motto: „Nur das Bessere ist der Feind des Guten.“ So haben wir in der letzten Stadtratsperiode unseren bisherigen Regiebetrieb „Coburger Entsorgungs- und Baubetrieb“ als Kommunalunternehmen ausgegliedert und dort auch unser städtisches Tiefbauamt angesiedelt, um Planung, Bau und Unterhalt unter ein Dach zu bekommen. Der Nutzen dieser Konstruktion ist vielfältig und wäre einen eigenen Beitrag wert. Die Leitung dieses Unternehmens haben wir per Geschäftsbesorgungsvertrag auf die Geschäftsführung unserer Stadtwerke SÜC übertragen – um auch zwischen Ver- und Entsorgung Synergien zu erzielen. Und: Die ersten Abschlüsse geben uns recht ...

» Doch nicht nur Fragen der wirtschaftlichen Steuerung sind wichtige Erfolgsfaktoren für kommunale Unternehmen, sondern auch der Servicegedanke kann uns im Wettbewerb mit Privaten einen Wettbewerbsvorteil verschaffen: Der Ansprechpartner „um die Ecke“ und die damit verbundene Bürgernähe machen das Serviceangebot kommunaler Unternehmen einzigartig. Und dafür sind unsere Bürgerinnen und Bürger auch bereit, einen Euro mehr zu bezahlen als beim Internet-Anbieter xY.

So ist kommunale Daseinsvorsorge in Coburg inzwischen weit mehr als Energie-, Wasser- und Gasversorgung, Entsorgung, öffentliche Bäder oder Straßenbau. Mit der CoDAB – der Coburger Datenautobahn als leistungsfähigem regionalen Datennetz mit breitbandiger Anbindung – haben wir vor fünf Jahren einen mit kommunalen Mitteln finanzierten Standortvorteil geschaffen, mit dem die Region auch zukünftigen Anforderungen an eine moderne Informationsinfrastruktur gewachsen ist. Und mit ihrer Beteiligung von 51 Prozent an der süc//dacor GmbH sind die Städtischen Werke

Coburg auch mit als Netzbetreiber im Bereich der Datennetze aktiv.

Vor diesem Hintergrund versuchen wir derzeit, die Vision einer flächendeckenden Erschließung aller Häuser im Stadtgebiet mit Glasfaserverkabelung in die Tat umzusetzen. Das Projekt „Fibre to the home“ sieht vor, dass nach dem erfolgreichen Betrieb eines Glasfasernetzes in einem Musterstadtteil in rund sechsjähriger Bauzeit insgesamt 45 Millionen Euro investiert werden. In Zeiten, in denen in allen Branchen leistungsfähige Datenanbindungen ausschlaggebend bei Standortentscheidungen sein können, ist dieses Projekt aus unserer Sicht ein weiterer Schritt, die Region Coburg zukunftsfähig und attraktiv zu machen. Solche Projekte würden privatwirtschaftliche Unternehmen nie initiieren (können).

» Aber auch in anderer Hinsicht versuchen wir in Coburg der althergebrachten Definition von kommunaler Daseinsvorsorge neue Aspekte zu geben. So betreibt die SÜC dacor GmbH seit zwei Jahren mit dem Projekt „Internetfernsehen Coburg“ (www.itv-coburg.de) eine eigene Plattform, mit einem erfolgreichen lokalen Internet-Fernsehprogramm. Ebenfalls mit Hilfe dieser Plattform, versuchen wir seit einigen Monaten mit dem „Coburger Stadtratsfernsehen“ die Inhalte und Hintergründe aktueller politischer Diskussionen und Entscheidungen einem breiten Publikum näher zu bringen (www.stadtratsfernsehen.de). Auch solche Projekte gehen nur, wenn übergeordnete Ziele der Stadtentwicklung vor Bilanzergebnis stehen.

Ich will aber nicht verschweigen, dass wir mit diesem Weg von Ausgründungen und Aufbau eines Konzerns Stadt Coburg nicht auch unsere Probleme hätten. Nur zwei Beispiele: Natürlich ist es manchmal nicht einfach, ausgegründete Gesellschaften mit dem ausdrücklichen Auftrag, sich wirtschaftlich erfolgreich zu betätigen, wieder soweit einzufangen, dass sie dabei auch übergeordnete Ziele der Stadtentwicklung berücksichtigen. Dazu gehört Überzeugungskraft, aber auch

das Verständnis als Politiker, es mit solchen Forderungen nicht zu übertreiben. Sonst hat man bald keine Gesellschaften mehr ...

Natürlich stehe ich als sozialdemokratischer Oberbürgermeister auch immer wieder im Kreuzfeuer gerade gewerkschaftlicher Kritik, wenn wir in ausgegründeten Unternehmen neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur zu Haustarifen unter dem Niveau öffentlicher Dienst einstellen. Aber ich stehe hierzu, auch und gerade in der politischen Diskussion. Und bin mir sicher, dass diese Politik langfristig im Sinn der Beschäftigten ist. Zwei Beispiele: Wir könnten unseren Stadtbusverkehr nicht im Ansatz wirtschaftlich betreiben und somit die Konzessionen sichern, wenn wir unsere BusfahrerInnen weiterhin im Lohngefüge des öffentlichen Dienstes anstellen würden. Wir bezahlen sie auf langfristig gesicherten Arbeitsplätzen nach Tariflohn des Landesverbandes bayerischer Omnibusunternehmen (LBO) für 38,5 Wochenstunden Arbeit. Jeder weiß, dass in der freien Wirtschaft wesentlich schlechtere Bedingungen gelten.

Eine ähnliche Lösung haben wir für Service- und Reinigungsarbeiten im Bereich unseres Klinikums (ausschließlich kommunale Eigentümer) gefunden und eine Service-Gesellschaft ausgegründet. Zwar erhalten die MitarbeiterInnen dort auch kein Gehalt auf Basis des öffentlichen Dienstes. Doch sie sind fest und sozialversicherungspflichtig angestellt, keine LeiharbeiterInnen heute hier und morgen da, ebenfalls mit Arbeitsverträgen auf neuer Tarifbasis (Tarifvertrag Interessenverband Deutscher Zeit- und Leiharbeiter) und sogar übervertraglich bezahlt und mit zusätzlicher Altersversorgung als freiwillige Leistung des Arbeitgebers. Alternative ansonsten: Reinigungsarbeiten an die freie Wirtschaft vergeben, bisheriges Personal abbauen. Und wir alle wissen, welche Bedingungen in dieser Branche gelten. Ich freue mich, dass solche Entscheidungen inzwischen auf immer mehr Verständnis und Zustimmung stoßen.

» So ist zusammenfassend festzustellen, dass nicht zuletzt die (politisch motivierten) gesetzlichen Vorgaben und Liberalisierungsbestrebungen sowie der steigende Konkurrenzdruck durch zahlreiche private Anbieter auf dem Energieversorgermarkt die bisherige Finanzierungsgrundlagen unserer kommunalen Daseinsvorsorge in den letzten Jahren verkompliziert haben. Insofern begrüße ich ausdrücklich die neuesten Bestrebung des Deutschen Städtetages in Bezug auf interkommunale Zusammenarbeit, In-House-Vergaben und Gründung gemisch-wirtschaftlicher Gesellschaften. Erst Anfang August hat sich auch Frankreich den Forderungen des Deutschen Städtetages angeschlossen und diese in einer gemeinsamen Erklärung artikuliert.

Das stimmt mich hoffnungsvoll, auch weiterhin in Coburg – und natürlich auch in anderen Kommunen – auf leistungsstarke kommunale Unternehmen setzen zu können, die im Zusammenspiel mit Politik und Verwaltung die Attraktivität unserer Städte für BürgerInnen wie Unternehmen sichern. ■



Foto: www.photocase.com; © BÜRON

☞ Norbert Kastner ist Oberbürgermeister der Stadt Coburg.

„Was einmal veräußert ist, ist zumeist nicht rückholbar“

Interview mit Hauke Jagau



Foto: Region Hannover

spw: Nach einer langen Phase der Privatisierung scheint der Prozess in letzten Jahren ins Stocken zu geraten. Besonders lokale Proteste und die Bedenken kommunaler MandatsrägerInnen nehmen zu, bis hin zu Rückkäufen. Ist das der Beginn eines Rekommunalisierungstrends?

Hauke Jagau: Die Euphorie in Bezug auf Privatisierungen und der Glaube daran, dass privatrechtliche Lösungen per se besser als öffentliche sind, haben in den letzten Jahren Dämpfer erhalten. Es hat sich beispielsweise gezeigt, dass die Kommunen, die eigene Stadtwerke gehalten oder sogar neu gegründet haben, auch finanziell besser gefahren sind als diejenigen, die ihre Anteile veräußert haben. Von einem Rekommunalisierungstrend würde ich deshalb allerdings noch nicht sprechen. Denn in vielen Branchen ist

es fast ausgeschlossen, einmal abgegebenes Know-how zurückzuholen.

spw: Laut Umfragen steht die Mehrheit der Bevölkerung Privatisierungen ablehnend oder skeptisch gegenüber. Wie schätzt Du die Stimmung vor Ort ein?

Hauke Jagau: Es zeigt sich, dass mit der Aufgabe öffentlicher Trägerschaft über einzelne Felder auch die politischen Gestaltungsmöglichkeiten ganz erheblich eingeschränkt werden. Und am Ende werden die Kommunen – zu Recht übrigens – dafür verantwortlich gemacht, wenn Abfallentsorgung oder Nahverkehr nicht funktionieren. Ob diese durch private oder öffentliche Unternehmen erbracht werden, interessiert die Bürgerinnen und Bürger nicht. Die meisten Menschen wissen die Leistungen ihrer kommunalen Unternehmen sehr zu schätzen, das haben in den vergangenen Jahren auch private Wettbewerber feststellen müssen.

spw: Und in der Kommunalpolitik?

Hauke Jagau: In der Politik gibt es insgesamt nach wie vor Versuche, kurzfristige finanzielle Notlagen durch Privatisierungserlöse zu stopfen. Das ist kurzsichtig und geht auf Kosten zukünftiger Handlungsmöglichkeiten. Es handelt sich dabei allerdings nicht um ein kommunales Phänomen, wie nicht zuletzt die Privatisierungspläne für die Deutsche Bahn zeigen. Flankiert werden solche Strategien durch einen Rechtsrahmen, der es öffentlichen Unternehmen immer schwerer macht. Die EU hat Direktvergaben an kommunale Töchter erschwert, Landesgesetze fordern mit dem „Subsidiaritätsprinzip“ einen Vorrang für die Privatwirtschaft. Wenn aber öffentliche Unternehmen sich nur noch auf den Feldern tummeln dürfen, die für Private nicht interessant sind, dann können sie nicht wirtschaftlich arbeiten.

spw: Die Region ist Haupteignerin verschiedenster Unternehmen oder an ihnen beteiligt, wie z.B. dem Abfallwirtschaftsbetrieb, dem Regionsklinikum, zwei Verkehrsunternehmen, den Stadt-

werken, der Kreissiedlungsgesellschaft und dem Zoo Hannover. Welche strategisch-politischen Ziele verfolgt die Region mit diesen Beteiligungen?

„**Hauke Jagau:** Grundsätzlich ist für mich nicht die Rechtsform entscheidend, sondern die Steuerfähigkeit durch die Politik. Wohnen, Gesundheit, Verkehr und Abfallentsorgung sind zentrale Fragen für die Gesellschaft, die nicht allein dem Markt überlassen werden dürfen. Diese Themen wollen wir mitsteuern.

Die Region Hannover ist in dieser Form nicht nur als einheitliche Gebietskörperschaft für eine Großstadtregion einmalig. Wir verfügen auch über ein sehr ungewöhnliches Verhältnis zwischen der Kernverwaltung mit 2.000 Beschäftigten und unseren Beteiligungsunternehmen mit insgesamt rund 15.000 Beschäftigten. Das liegt daran, dass wir für wesentliche Teile der öffentlichen Infrastruktur in der Region Hannover verantwortlich sind und diese Verantwortung im wesentlichen durch eigene Unternehmen wahrnehmen.

Voraussetzung dafür ist jedoch grundsätzlich, dass unsere eigenen Unternehmen erstklassige Leistungen erbringen und wirtschaftlich sind. Gerade an letzterem haben wir in den vergangenen Jahren hart gearbeitet. Unser Ziel ist, dass Altlasten, wie nicht erfolgte Rückstellungen für Pensionslasten oder Sanierungsstaus, mit finanzieller Hilfe der Region zügig beseitigt werden und die Unternehmen danach ohne finanzielle Zuwendungen der Region im Wettbewerb bestehen können. Dafür ist vor allem ein gutes und professionelles Management erforderlich.

spw: Das Klinikum Region Hannover hat im Zuge des Verkaufs der Landeskrankenhäuser durch die CDU-geführte Landesregierung den Standort Wunstorf übernommen. Welchen Hintergrund hatte dieser Entscheidung?

„**Hauke Jagau:** Das Landeskrankenhaus Wunstorf ist für die stationäre und ambulante psychiatrische Grundversorgung in der Region Hannover sehr wichtig. Deshalb woll-

ten wir nicht, dass ein Unternehmen dieses erwirbt, das primär auf die Gewinnerzielung ausgerichtet ist. Denn gerade Psychiatriepatienten brauchen einen besonderen Schutz und können sich gegen Fehlentwicklungen weniger wehren als andere Patienten. Den Zuschlag haben wir übrigens nicht aufgrund des höchsten Kaufpreises, sondern aufgrund des besten inhaltlichen Konzepts erhalten. Auch das gibt es noch.

spw: Im Gegensatz dazu wurden die Pflegeheime der Region verkauft.

„**Hauke Jagau:** Die Region kann es sich nicht leisten, private Pflegeplätze dauerhaft öffentlich zu subventionieren. Wenn bei über 100 Pflegeheimen in der Region Hannover die öffentlichen Pflegeheime die einzigen defizitären sind und die wirtschaftliche Sanierung über Jahre hinweg scheitert, dann gibt es keinen anderen Weg. Misslich ist dabei, wenn eine Gewerkschaft für private Betriebe einer Branche erheblich niedrigere Tarife abschließt als für die – gewerkschaftlich gut organisierten – öffentlichen Betriebe der gleichen Branche. Dann haben öffentliche Unternehmen am Markt kaum eine Chance.

spw: Unternehmen stehen mit öffentlicher Beteiligung oder im öffentlichen Besitz in besonderer Verantwortung gegenüber ArbeitnehmerInnen und Auszubildenden. Wie kann und sollte sich das ausdrücken?

„**Hauke Jagau:** Alle Unternehmen haben eine besondere Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten. Und das gilt für die öffentlichen natürlich im besonderem Maße. Die Beschäftigungssicherheit ist ein wichtiges Ziel für uns. Es wird allerdings in Zukunft immer seltener vorkommen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in öffentlichen Unternehmen mehr verdienen als diejenigen in privaten Unternehmen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von öffentlichen Unternehmen, dass diese wirtschaftlich arbeiten.



spw: Inwieweit kann und sollte die öffentliche Hand gemeinwohlorientierte Ziele in Ihrer Unternehmenspolitik berücksichtigen?

” **Hauke Jagau:** Wenn keine gemeinwohlorientierten Ziele verfolgt werden, dann gibt es auch keine Legitimation für die öffentliche Trägerschaft. Die kommunalen Stadtwerke beispielsweise haben bundesweit eine Vorreiterrolle bei Klimaschutzmaßnahmen gehabt. Und das, obwohl sie wirtschaftlich ausgerichtet sind und jährlich hohe Gewinne an die kommunalen Haushalte abführen. Ein großer kommunaler Klinikverbund wie der der Region Hannover erhält Krankenhausstandorte in Gebieten, in denen sich kein privater Betreiber engagieren würde. Dadurch bieten wir eine wohnortnahe medizinische Grundversorgung für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Region. Die positiven Effekte öffentlicher Unternehmen sind auch in anderen Feldern, etwa für die Sparkassen, häufig untersucht und beschrieben worden.

Letztendlich ist es immer wieder eine zentrale politische Frage, wie das Gleichgewicht zwischen gemeinwohlorientierten Zielen und Wirtschaftlichkeit hergestellt werden kann. Man darf die öffentlichen Unternehmen dabei nicht überfordern. Sie sind kein Selbstbedienungsladen. Auf der anderen Seite muss der öffentliche Eigentümer allerdings auch sehr darauf achten, dass sich die öffentlichen Unternehmen nicht verselbstständigen. Sie brauchen klare inhaltliche und wirtschaftliche Zielvorgaben.

spw: Wie beurteilst Du das Verhältnis zu den Betriebsräten und Gewerkschaften? Worin bestehen die größten Konflikte?

” **Hauke Jagau:** Wir haben zu Betriebsräten und Gewerkschaften ein gutes Arbeitsverhältnis, auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind. Für das Klinikum und unser größtes Nahverkehrsunternehmen, die üstra, gibt es Verträge zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung. Einen ungewöhnlichen Weg sind wir insbesondere bei der üstra gegangen: Dort

haben vier Vertragsparteien – Region, Unternehmen, Betriebsrat und Gewerkschaft – einen Partnerschaftsvertrag geschlossen. Wir haben uns bis mindestens zum Jahr 2020 zur Direktvergabe der Nahverkehrsleistungen an die üstra verpflichtet. Als Gegenleistung erhalten wir günstigere Preise, die mit denen privater Anbieter vergleichbar sind. Dies wird vor allem durch Produktivitätssteigerungen bei gleichzeitigem Erhalt des für die Beschäftigten attraktiven Flächentarifvertrags für den ÖPNV erreicht. Alle Partner haben ihren Teil zu dieser Vereinbarung beigetragen und können am Ende sehr zufrieden sein.

spw: Die Stadt Dresden sah in der Veräußerung von städtischen Wohnungen die Lösung für seine Finanzkrise, die Stadt Braunschweig verkaufte neben der Müllabfuhr und den Stadtwerken auch die Stadtentwässerung. Was rätst Du Städten oder Landkreisen, die diesen Weg gehen wollen?

” **Hauke Jagau:** Derartige vermeintliche Befreiungsschläge verschaffen oftmals nur für einen kurzen Zeitraum Luft für andere Projekte. Deshalb müssen Kommunen gut abwägen, ob sich solche Privatisierungen dauerhaft rechnen. Häufig wird nicht nur der Wegfall an Gestaltungsmöglichkeiten unterschätzt, sondern es werden auch die finanziellen Effekte überschätzt. Europaweite Ausschreibungen von Leistungen anstelle von Direktvergaben an Tochterunternehmen müssen nicht zwangsläufig günstigere Preise bringen – insbesondere, wenn viele Ausschreibungen gleichzeitig laufen. Der Koordinations- und Kontrollaufwand der Verwaltungen gegenüber privaten Dienstleistern ist oftmals gewaltig. Mängel in den Ausschreibungen lassen sich nachträglich nicht korrigieren und veränderte Anforderungen der öffentlichen Hand können erhebliche Zusatzkosten nach sich ziehen. Vor allem aber gilt: die meisten Privatisierungen sind Einbahnstraßen. Was einmal veräußert ist, ist zumeist nicht rückholbar. Fehlentscheidungen lassen sich also nicht korrigieren.

spw: Mittelkürzungen der Landes- und Bundesebene, wie z.B. die Kappung von Regionalisierungsmitteln für den Nahverkehr, haben direkte Auswir-

kungen auf die öffentlichen Dienstleistungen. Wie geht die Region damit um?

„**Hauke Jagau:** Wir mussten in den letzten Jahren große finanzielle Einbußen durch Entscheidungen des Bundes und vor allem des Landes hinnehmen. Das hängt auch damit zusammen, dass die Region Hannover als sozialdemokratisches Reformprojekt aus Sicht der CDU-geführten Landesregierung ein ungeliebtes Kind ist. Die Landesregierung befürchtet eine Ausstrahlung auf andere Regionen des Landes. Diese Befürchtung ist durchaus nicht unberechtigt, nachdem zuletzt die beiden CDU-Oberbürgermeister von Braunschweig und Wolfsburg ein solches Modell auch für die Region Braunschweig ins Spiel gebracht haben. Auch wenn wir die Kappung der Regionalisierungsmittel im Nahverkehr zunächst noch auffangen konnten: Die finanziellen Einbußen können von uns dauerhaft natürlich nicht ohne erhebliche Leistungsreduzierungen kompensiert werden. Den Bürgerinnen und Bürgern etwas anderes zu versprechen, wäre blauäugig. Aber mich beunruhigt noch etwas anderes: Durch die EU und auch durch den Bund wird stetig versucht, eine weitere Deregulierung der Märkte in Bezug auf die Daseinsvorsorge durchzusetzen. Spannend ist auch die Umsetzung von EU-Richtlinien in deutsches Recht. So ist beispielsweise noch nicht ausgemacht, in welchem Maße Kommunen in Zukunft Nahverkehrsleistungen direkt ohne Ausschreibung an eigene ÖPNV-Unternehmen vergeben dürfen. Die EU gestattet hier auf Initiative Deutschlands einen recht weiten Rahmen, aber in der Bundesregierung gibt es mittlerweile Stimmen, diesen zugunsten privater Verkehrsgesellschaften einzuschränken. Die sozialdemokratischen Teile der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion sollten sich diesem Druck nicht beugen.“

spw: Vielen Dank für das Gespräch. ■

➔ Hauke Jagau ist seit 2006 Präsident der Region Hannover. Er ist Mitglied des SPD-Landesvorstandes Niedersachsen.

➔ Das Interview führten Sebastian Jobelius und Stefan Stache.

PapyRossa Verlag



Georg Fülberth: »Doch wenn sich die Dinge ändern« – Die Linke | Broschur;
169 Seiten; EUR 12,90

»Die Linke« will das Vakuum füllen, das der Untergang des bundesdeutschen Sozialstaats und der DDR hinterlassen hat. Georg Fülberth fragt nach ihrem Platz in der Opposition gegen Marktradikalismus und neue deutsche Weltpolitik.



Rolf Verleger:
Israels Irrweg – Eine jüdische Sicht
Broschur; 163 S.; EUR 12,90

„Das Judentum ist Leuten in die Hände gefallen, denen Volk und Nation höhere Werte sind als Gerechtigkeit und Nächstenliebe.“ Rolf Verleger, Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland, möchte dies ändern und kritisiert Israels Politik als fatal.

Tel. (02 21) 44 85 45 | Fax 44 43 05 |
mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

Gut für die Entwicklung vor Ort

Der Stellenwert öffentlicher Unternehmen in der sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitik

von Marc Herter



Foto: www.fotolia.de; © Heidi Baldrian

» Als im Frühjahr 2007 an die 25.000 DemonstrantInnen vor dem Düsseldorfer Landtag zusammen kamen, um gegen die Verschärfung des Kommunalwirtschaftsrechts in NRW zu demonstrieren, zeigten sich viele KommentatorInnen überrascht. Immerhin waren dies doppelt so viele Bürger, wie Wochen zuvor die IGBCE gegen den sofortigen Kohleausstieg mobilisieren konnte.

FDP-Fraktionschef Papke machte gar seinem Ärger mit den Worten Luft, dies sei nun wirklich der Beleg dafür, „dass sich die staatswirtschaftlichen Strukturen der Kommunen und Stadtwerke wie eine Krake über das ganze Land ausgebreitet haben.“ Der Stellenwert der Kommunalwirtschaft für die Neoliberalen ist damit klar umrissen. Ihre Verdrängung ist ein weiterer Schritt, der Ideologie

des ‚Privat vor Staat‘ zum Durchbruch zu verhelfen. Zu klären wäre jedoch im Einzelnen, welchen Stellenwert die öffentlichen Unternehmen für die sozialdemokratische Kommunal- und Regionalpolitik – jenseits des jeweiligen Unternehmenszwecks als solchen – haben.

Ein einfaches „Staat statt Privat“ hilft dabei meines Erachtens ebenso wenig weiter, wie das Credo des „Anything goes“ der selbsternannten Modernisierer in den eigenen Reihen, mit dem sie auf der einen Seite begründen, dass die örtlichen Stadtwerke städtisch bleiben müssen, um im nächsten Moment die Abfallwirtschaft an REMONDIS zu verscherbeln. Diese auch noch zur Schau getragene neue Flexibilität zeugt – neben der vielerorts kaum noch zu überbietenden Beliebigkeit sozialdemokratischer Realpolitik – vor allem von einem

erschreckenden Defizit strategischer Orientierung. Jenseits den – im Zweifelsfall in Veräußerungsgewinne umzumünzenden – Gewinnabführungen scheint kaum eine Vorstellung davon zu existieren, welche Rolle die öffentlichen Unternehmen als Dienstleister öffentlicher Daseinsvorsorge und als Träger demokratischer Gestaltung vor Ort spielen sollen und können.

□ Träger von Wettbewerb und Innovation

» Schon ordnungspolitisch liegen die Neoliberalen falsch. Der freie Wettbewerb wird durch die ‚Öffentlichen‘ nicht beeinträchtigt, sondern sie sind oftmals Träger des Wettbewerbs gegen oligopolistische Strukturen in liberalisierten Märkten. Am Beispiel der kommunalen Stadtwerke lässt sich am deutlichsten diese wichtige Funktion der öffentlichen Unternehmen dokumentieren. Die vier Großen der Branche E.ON, EnBW, RWE und Vattenfall haben außer den Bürgerstadtwerken und einigen Ökostromanbietern so gut wie keine nationale Konkurrenz. Wenn man sich schon heute die Preisgestaltung der Energieriesen anschaut, lässt sich leicht ausmalen, was der komplette Durchgriff auf den Endverbraucher von wenigen national agierenden Konzernen für die Energiepreise bedeuten würde.

Gerade in der aktuellen Diskussion um die hohen Energiepreise werden aber auch den Stadtwerken oftmals zu hohe Preise vorgeworfen. Das führt mich zu einer weiteren Feststellung: Die Stadtwerke stehen auch als öffentliche Unternehmen nicht außerhalb der Marktzwänge. Will heißen: Wenn die Vorlieferanten – die genannten vier Großen – die Energiepreise anziehen, können auch die öffentlichen Stadtwerke, sofern sie nicht überwiegend über Eigenerzeugung verfügen, das nicht im Sinne ihrer KundInnen (und Anteilseigner) unter den Tisch fallen lassen. Das ginge angesichts der immensen und stetigen Steigerungsraten betriebswirtschaftlich nicht lange und schon gar nicht gut. Die Umgangsweise mit steigenden Vorlieferantenpreisen ist indes höchst unterschied-

lich: Während einige die Preiserhöhungen 1:1 durchreichen, federn andere einen Teil der Steigerungen aus eigenem Gewinn ab.

Letztere Vorgehensweise ist ein zweiseitiges Schwert. Auf der einen Seite ist es folgerichtig, dass ein öffentliches Unternehmen, gerade was seine Preisgestaltung angeht, eine besondere Verantwortung hat; übrigens die dort Handelnden auch unter besonderer Beobachtung stehen. Auf der anderen Seite wäre es absurd, wenn durch ein öffentliches Unternehmen durch Gewinnverzicht die überzogenen Renditeerwartungen der privaten Vorlieferanten erst möglich gemacht werden, denn letztlich hat die/der Bürgerin/er sie natürlich trotzdem gezahlt, nämlich über den Umweg des Gewinnausfalls „seines“ örtlichen Energieversorgers. Die Konsequenz kann nur lauten: Spitzen abfangen ja, strukturelle Preissteigerungen abfedern nein. Auch die neuerdings intensiv diskutierten Sozialtarife für Energie gehören genau hierher. So wünschenswert sie sozialpolitisch sind, kann es nicht Aufgabe der Öffentlichen sein, sie allein anzubieten – und die dort ausfallenden Einnahmen auf die anderen KundInnen umlegen zu müssen. Im schärfer werdenden Wettbewerb um die Strom- und Gas-KundInnen gäbe es dann bald nicht mehr viele „andere KundInnen“, die diesen Weg mitfinanzieren. Gewinne würden so privatisiert, Verluste sozialisiert. Auch Sozialtarife sind also nur dann sinnvoll, wenn sie „eigentumsneutral“ ausgestaltet werden.

Die grundsätzliche Strategie im Umgang mit steigenden Energiepreisen muss eine andere sein. Sie lautet: Energiesparen, Regenerative, Dezentralisierung. Hier liegt auch die Aufgabe für die kommunalen Stadtwerke. Sie müssen Träger des Umbaus der Energiewirtschaft vor Ort sein. Jenseits von überzogenen kurzfristigen Renditeerwartungen gilt es, den langfristigen Trend zu nutzen. Die kommunalen Stadtwerke müssen somit eine Pionierfunktion übernehmen, können sich – und ihr Versorgungsgebiet – aber auch nachhaltig für den Wettbewerb der kommenden Jahrzehnte positionieren. Die Gelegenheit ist günstig. In Zeiten zurückgehender Vertriebsmargen durch die Her-

unterregulierung der Netznutzungsentgelte und immer enger werdenden Spielräumen bei der Durchsetzung von auskömmlichen Preisen am Markt wird der breite Einstieg in die Energieerzeugung zum „Muss“ für die weitere Entwicklung der klassischerweise als Verteilerunternehmen aufgestellten Stadtwerke. Projekte wie der Windpark „Borkum-West“ der Stadtwerke-Gesellschaft TRIANEL sind ein deutliches Zeichen dafür, dass diese Herausforderung angenommen wird.

□ Zur Freude des Kämmerers

» Aus der städtischen Gesellschaft sind öffentliche Unternehmen nicht wegzudenken. Ob die Kulturstiftung der Sparkasse, die Förderung eines Behindertenfahrzeugs des DRK oder die Stiftung eines Pokals für die Sportbeweche des Vorortvereins – Sparkassen, Stadtwerke und kommunale Wohnungsbaugesellschaften engagieren sich im Sponsoring und machen so Dinge möglich, die aus den vielerorts immer noch maroden Kernhaushalten der Städte schon seit Jahren nicht mehr gezahlt werden können. Insbesondere Kommunen in der Haushaltssicherung, die auch aufsichtsrechtlich gezwungen sind, eine Vielzahl von freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand zu stellen, bietet die kommunale Verankerung und Verantwortung der „öffentlichen“ letzte Spielräume, um das gesellschaftliche Leben in Vereinen und Verbänden, von Kultur und Sport noch zu unterstützen.



Foto: Christian Kiel

Eine besondere Stellung nimmt der so genannte steuerliche Querverbund im Bereich der Energieversorger ein. Über ihn werden vielerorts Busse und Bäder finanziert. Der Gewinn der Energiesparte der Stadtwerke wird so – ohne versteuert werden zu müssen – mit den strukturellen Defiziten des öffentlichen Personennahverkehrs und der öffentlichen Bäder verrechnet. Der öffentliche Zweck profitiert also direkt von den Gewinnen des Unternehmens. Der Mehrwert kommt den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute – eine ebenso hilfreiche wie umstrittene Regelung. Erst jüngst hat der Bundesfinanzhof diese Praxis scharf kritisiert und erst ein Nichtanwendungserlass des Bundesfinanzministeriums aus dem Jahr 2007 bewahrte die Stadtwerke davor, die Defizitabdeckung steuerlich als verdeckte Gewinnausschüttung angerechnet zu bekommen.

Eine Grenze der Finanzierung nicht unmittelbar dem Unternehmenszweck folgender defizitärer Leistungen ist meines Erachtens dort erreicht, wo Abführungen der öffentlichen Unternehmen – über die regelmäßig zu erwirtschaftenden Konzessionsabgabe der Energieversorger hinaus – die städtischen Kernhaushalte stützen müssen. Auch hier wird man zunächst sagen können: Der Gewinn kommt der Allgemeinheit zu Gute und eben das ist der Unterschied zur Privatwirtschaft, wo nur die wenigen – vermögenden – Anteilseigner „die Coupons schneiden“. Trotzdem ist dies eine bedenkliche Entwicklung. Die Renditeerwartung hängt jetzt nicht mehr von der vernünftigerweise zu erwartenden Verzinsung des eingesetzten Kapitals, sondern von der Kassenlage des kommunalen Haushalts ab.

Angesichts immer neuer Diskussionen um Steuererleichterungen kann es nicht sein, dass diese durch steigende Unternehmensabführungen substituiert werden müssen. Die Rolle des Rates als Vertreter der Bürgerschaft wandelt sich mehr und mehr zu der vom Auftraggeber der öffentlichen Daseinsvorsorge in privatrechtlicher Form zum renditeorientierten Konzernmanager. Der Weg vom Stakeholder zum Shareholder wäre dann wohl vorgezeichnet; nur wären diejenigen, die der

Rat vertritt – nämlich die Bürgerinnen und Bürger – gleichzeitig diejenigen, die die Rechnung für die Renditeerwartungen zu zahlen hätten. Eine schwer erträgliche Vorstellung, die auch den Zweck öffentlicher Daseinsvorsorge auf den Kopf stellt.

□ **Verlässlicher Motor für die Regionalwirtschaft**

» Der ökonomische Faktor öffentlicher Unternehmen ist nicht zu unterschätzen. Nach Berechnungen des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) liegt allein der Gesamtumsatz aller dort zusammengeschlossenen kommunalen Unternehmen bei 70,9 Mrd. Euro. Über 230.000 Beschäftigte stehen hier in Lohn und Brot. In vielen vom Strukturwandel geprägten Gemeinden sind sie einer der größten Arbeitgeber und Ausbilder. Übrigens einer, der von den tariflichen Bedingungen her größtenteils unter die (Sonder-)Tarife des Öffentlichen Dienstes fällt und somit für gute Arbeit auch gute Löhne und eine angemessene soziale Absicherung garantiert.

Bleibt man nicht bei diesen vordergründigen Zahlen stehen, stellt man auch fest, dass die oft gepflegte und auch in der eingangs erwähnten Debatte um die Verschärfung des Kommunalwirtschaftsrechts in Nordrhein-Westfalen genutzte Argumentation, öffentliche Unternehmen kosten der Privatwirtschaft Marktanteile, Gewinne und schließlich auch Arbeitsplätze, in die Irre führt. Mit einem Investitionsvolumen von 6,7 Mrd. Euro sind öffentliche Unternehmen eine wesentliche Stütze für die regionale Wirtschaft. Kleine und mittlere private Unternehmen und insbesondere das Handwerk profitieren durch die dezentrale Aufstellung gerade der Kommunalwirtschaft. Während die großen Konzerne der jeweiligen Branchen durch ein zentrales Auftragswesen und die Beauftragung von Generalunternehmern der örtlichen Wirtschaft selbst bei lokalen Projekten keine Chance einräumen, fließen die Investitionen der Kommunalwirtschaft – von Spezialaufträgen abgesehen – schwerpunktmäßig in die Region. Auch deshalb sind Allianzen der örtlichen privaten

Wirtschaft mit den öffentlichen Unternehmen häufiger, als es den Funktionären der neoliberalen Wirtschaftsverbände lieb ist.

Eine Grenze ist auch hier zu beachten. Das öffentliche Vergaberecht bindet auch die öffentlichen Unternehmen in privatwirtschaftlicher Form. Der vielfach selbstverständlichen Forderung, dass Aufträge doch bitte vor Ort bleiben sollen, stehen so nach Art und Umfang der Leistung gestaffelte Ausschreibungspflichten bis hin zur EU-weiten Ausschreibung entgegen. Doch auch hier gibt es Lösungsansätze: Im Wege der Vergabe in kleinen Losen und des Zuschnitts der zu erbringenden Leistungen kann eine örtliche oder zumindest regionale Vergabe begünstigt werden.

Auch die Beauftragung öffentlicher Unternehmen mit Stadtentwicklungsprojekten und der Erschließung von Gewerbegebieten gehört hierher. Nicht, dass diese per se unrentabel und deshalb zu subventionieren wären, nur fällt es vielen Kommunen immer schwerer, die notwendigen finanziellen Vorleistungen zu erbringen, die notwendig sind, um solche Projekte in einem überschaubaren Zeitrahmen umzusetzen.

□ **Zurück zur geforderten Strategie**

» Obwohl aus Gründen der Länge und der Logik dieses Beitrags größtenteils auf Beispiele aus der öffentlichen Energiewirtschaft zurückgegriffen worden ist, lässt sich der Befund auf alle Bereiche der kommunalwirtschaftlichen Betätigung übertragen: Für Wettbewerb und Innovation, eine umfassende Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger und die Förderung der regionalen Wirtschaft sind öffentliche Unternehmen aus strategischen Gründen unverzichtbar. Unverzichtbar ist aber auch eine Strategie, die auf eine Weiterentwicklung öffentlicher Unternehmen und ihre enge Einbindung in regionale Wirtschaft selbst setzt. ■

□ Marc Herter (34) ist Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hamm und des Aufsichtsrats der Stadtwerke Hamm GmbH.



Foto: C. Kiel

Literaturschau

von Tim Engartner und

Marcus Schwarzbach



» Als kritische Einführung in den Neoliberalismus versteht sich eine Publikation von Christoph Butterwegge u.a.. Sie skizziert dessen ökonomische Grundlagen und stellt verschiedene Denkschulen vor. Anschließend werden die Folgen neoliberaler Politik für Sozialstaat und Demokratie behandelt, etwa im Hinblick auf Maßnahmen zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen, staatlicher Aufgaben und persönlicher Lebensrisiken. Das Buch richtet sich an LeserInnen, die nach Informationen über den Neoliberalismus, Argumenten für die Debatte darüber und gesellschaftspolitischen Alternativen suchen.

(Butterwegge, Christoph/Engartner, Tim/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf: Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden 2008, 2. Aufl.)

» Lange Zeit galt der Begriff „Verkehrspolitik“ als verkehrspolitisches Leitprinzip. Seit Anfang der 90er-Jahre bestand jedoch im parlamentarischen Raum weitgehend Einigkeit, dass der ehemals größte Arbeitgeber der Bundesrepublik von „den Fesseln des öffentlichen Dienst- und Haushaltsrechts“ befreit und auf das Börsenparkett geführt werden müsse. Negativaspekte wie der Rückzug aus der Fläche, die Ausdünnung der Fahrpläne und der breit angelegte Verkauf von Bahnhöfen weisen zahlreiche Ähnlichkeiten mit der Privatisierung von British Rail auf. Deren Scheitern bildet in der Arbeit den Kristallisationspunkt, um Risiken der Implementierung von Wettbewerb auf der Grundlage privatrechtlicher Eigentumsverhältnisse im Bahnwesen aufzuzeigen.

(Engartner, Tim: Die Privatisierung der Deutschen Bahn. Über die Implementierung marktorientierter Verkehrspolitik, Wiesbaden 2008)

» In einem Tagungsband des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte gehen interdisziplinäre Analysen der Frage nach, welche Gestaltungsmöglichkeiten des Verhältnisses von öffentlicher und privater Wirtschaft bestehen. Das heißt, wie z.B. Landkreise und Regionen der konjunkturellen und demographischen Entwicklung in Deutschland mit der Erstellung regionaler Entwicklungs- bzw. Wachstumskonzepte begegnen können. Anhand von Beispielen aus Städten des Ruhrgebietes und Süddeutschlands geht es insbesondere um die Einflussnahme von Unternehmen auf kommunale Entscheidungen, die Rolle und Tätigkeit einzelner Städte als Arbeitgeber und Unternehmer, die Möglichkeiten kommunaler Wirtschaftsförderung sowie Formen betriebswirtschaftlicher Steuerungsmodelle in Kommunen.

(Frese, Matthias/Zeppenfeld, Burkhard (Hg.): Kommunen und Unternehmen im 20. Jahrhundert. Wechselwirkungen zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft, Essen 2000, Klartext Verlag)

» Eine besondere Form der Verlagerung staatlicher Aufgaben in die Verfügungsgewalt von Großkonzernen stellen „Public-Private-Partnerships“ (PPPs) dar. Rügemer verdeutlicht anschaulich: Basis von PPP ist absolute Geheimhaltung, so dass selbst PolitikerInnen die oft mehrere tausend Seiten schweren Verträge kaum zu lesen erhalten. Auch Zusatzkosten durch horrend Honorare für ein Heer von BeraterInnen und AnwältInnen werden in der Kosten-Nutzen-Rechnung kaum berücksichtigt. Eine Haftung für unzureichende Qualität der Produkte wird für die privaten Investoren in der Regel ausgeschlossen. Für den Staat entstehen Steuerverluste, während der Autor bei den PPP-Investoren maximalen Gewinn bei minimalem Einsatz von Kapital sieht.

(Rügemer, Werner: Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments, Transcript-Verlag 2008)

Kinderspiel Kapitalismus: Gelebte Widersprüche

von Alexandra Kramm



» Zu spät, zu spät – zu spät, zu spät“ schallt es von den Rängen. 20.000 Menschen brüllen den unverkennbaren Refrain. Das war gestern schon so und vorgestern auch. Männer und Frauen, mittelalte und blutjunge stehen einträchtig nebeneinander und singen, ohne dass Gotthilf Fischer sie dazu gezwungen hat. Drei Stunden lang haben die Ärzte die Kindl-Bühne in Berlin gerockt. Sechsmal haben sie 2008 die Freilichtbühne ausverkauft. Und immer das gleiche Bild. Beeindruckend erfolgreich. Unverwundlich aktuell. Auch 24 Jahre nach meiner ersten Begegnung mit der Berliner Punk-Band.

» Da stellt sich die unvermeidliche Frage, wie man bloß so lange erfolgreich und beliebt bleiben kann? Die Mischung macht's. Eine einfache Antwort, schwer in die Tat umsetzbar. Auf den ersten Blick sind sie sexistische Machos mit Berliner Prolo-Charme. Es gibt einen ganzen Berg von Liedern, die das dokumentieren, allen voran die beiden beliebten Songs über „Elke“ und „Claudia“. Das geht eigentlich gar nicht. Und wenn die Mädels in der ersten Reihe dann auch noch reihenweise ihre T-Shirts ausziehen, um vom Drummer seine Schlagzeug-Stöckchen als Souvenir zu bekommen, ist die Sexismus-Grenze eigentlich überschritten. Eigentlich. Wären da nicht die einfühlsamen und gleichzeitig widerständigen Liebeslieder: „Zu spät“, „Teenagerliebe“, „Sommer, Palmen, Sonnenschein“ und einige mehr. Das Lieben und Leiden beschreibt kaum eine Band so mitreißend und melancholisch wie die Ärzte.

Und dann gibt es natürlich auch noch die politischen Protestsongs. Zum Beispiel Anti-Nazi-Parolen als psychologisch-provokative Analyse „Deine Gewalt ist nur ein stummer Schrei nach Liebe, Deine Springerstiefel sehnen sich nach Zärtlichkeit“, gepaart mit der auf den Punkt gebrachten

Schlussfolgerung „Arschloch“. Und wer erinnert sich nicht an die späten Stunden auf Juso Parties in den 90ern. Da durfte „Kopfüber in die Hölle“ niemals fehlen. Aus vollem Hals und mit wehmütigem Herzen haben wir gesungen „Revolution stand auf unseren Fahnen, Revolution stand uns im Gesicht“.

Im neuen Jahrtausend hatten die Ärzte einen großen Erfolg mit einem Lied, das politisch in jeder Hinsicht korrekt ist und allen Marketing-Regeln von der kurzen und knackigen Botschaft widerspricht: „Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt ist, wie sie ist, es ist nur deine Schuld, wenn sie so bleibt“. Schön. Moralisch ohne moralinsauer zu werden und dennoch für jeden klar verständlich. Passt gerade noch auf ein T-Shirt. Und versöhnt die ZuhörerInnen mit den schwierigen, widersprüchlichen und manchmal abstoßenden Gesängen.

» Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien hat immer schon ein Auge auf die Jungs gehabt. „Geschwisterliebe“ darf nicht gesungen werden. Dann spielen sie es eben und die Fans singen. Die Ärzte finden immer einen Weg. Und das macht sie eigentlich so sympathisch. Sie machen keinen Hehl daraus, dass sie einen Haufen Geld verdienen und bedanken sich anständig dafür bei ihren Fans. Gleichzeitig sind sie mit allem, worüber sie singen, so bodenständig geblieben. Sie sind ein lebender Widerspruch. Und Widersprüche kennen wir ja alle. Vielleicht macht sie das so erfolgreich. ■

☞ Alexandra Kramm, ist selbständige Kommunikationsberaterin und Coach in Berlin (www.schulter-blick.de).



Foto: www.fotolia.de, © Martina Topf

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Das Scheitern der WTO-Verhandlungen

von Arne Heise



» Noch vor Ende des 2. Weltkrieges wurden die Weichen für eine weltweite Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit gestellt: Nach anglo-amerikanischen Plänen wurden die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) gegründet, die die bis heute gültigen Weltwährungsinstitutionen bildeten. Das ebenfalls beschlossene, feste Wechselkursystem – das so genannte Bretton-Woods-System – hingegen ist bereits 1973 in der ersten Weltwirtschaftskrise der Nachkriegszeit zerbrochen und die geplante International Trade Organisation (ITO) wurde in der geplanten Form nie realisiert. Stattdessen wurden in mehreren multilateralen Verhandlungsrunden – den ‚General Agreements on Trade and Tariffs‘ (GATT) – allmählich die kriegsbedingt weitgehend abgeschotteten nationalen Binnenmärkte zunehmend geöffnet und die hohen Zölle und nicht-tarifären Hemmnisse auf fast alle Industrie- und Agrarprodukte gesenkt. Hinter der Liberalisierung des (westlichen) Welthandels steckte zunächst keine ideologische Ausrichtung, sondern die gerade aus Sicht der kriegsgeschädigten europäischen Volkswirtschaften unbedingte Notwendigkeit, nach anfänglichen Kapitalimporten aufnahmefähige und – vor allem – aufnahmewillige Absatzmärkte zu erlangen.

» Nach Abschluss der letzten GATT-Runde („Uruguay-Runde“) im Jahre 1994 wurde dann 1995 doch noch eine Institutionalisierung des Welthandels in Form der World Trade Organisation (WTO) auf den Weg gebracht, die nun mittels multilateraler Übereinkünfte eine weitere Öffnung der Märkte für alle 153 Mitglieder versucht. Mittlerweile unterliegen diese Verhandlungen allerdings einer vehementen „Freihandels-Ideologisierung“, die gerade von Seiten der hochentwickelten OECD-Länder eine unkritische (und zu meist einseitige) Handelsliberalisierung als bestes Wachstums- und Entwicklungs(hilfe)programm verkauft. Da dies auf zunehmende Ablehnung der Entwicklungs- und Schwellenländer stieß, einigten sich die WTO-Mitgliedsländer im Jahr 2001 darauf, in der bis heute andauernden „Doha“-Verhandlungsrunde insbesondere den Erfordernissen der Entwicklungs- und Schwellenländer nachkommen zu wollen. Dies sollte einerseits die Verbesserung des Zugangs dieser Länder zu den Agrar- und Industriemärkten der OECD-Länder beinhalten, andererseits aber auch die technisch-institutionellen Voraussetzungen für verstärkte Handelsaktivitäten der Entwicklungsländer, das so genannte „Capacity Building“, betreffen. Wie sich auf den folgenden, im jährlichen Rhythmus stattfindenden Ministerreffen der Doha-Runde zeigte, war diese „Entwicklungsperspektive“ nur ein „Zuckerl“, um die Entwicklungsländer wieder an den Verhandlungstisch zu bekommen. Tatsächlich wollten die OECD-Länder die Themenagenda ständig um für sie wichtigere Themen – z.B. den Handel mit geistigem Eigentum und Dienstleistungen – erweitern. Einschließlich

des letzten Ministertreffens in Genf Ende Juli 2008 sind all diese Verhandlungsrunden gescheitert, ein Wiederaufnahmetermin der Gespräche ist gegenwärtig noch unklar, erscheint aber angesichts von Wahlen in wichtigen Verhandlungsländern – USA auf OECD-Seite und Indien auf Seite der Entwicklungs- bzw. Schwellenländer – kaum vor 2010 Erfolg zu versprechen.

» Um die Dynamik der Doha-Runde besser verstehen zu können, wollen wir einen Blick auf das Scheitern des Ministertreffens in Genf werfen: Der indische Handelsminister, als Vertreter der Interessen der Entwicklungsländer, die endlich geschlossen und aufgrund der Marktgröße von Ländern wie China und Indien auch mit einigem politischen Gewicht auftreten, wollte einer Öffnung der Agrarmärkte nur zustimmen, wenn eine „Notfall-Klausel“ eine Erhöhung der Importzölle für den Fall zuließ, dass die Importquote einen bestimmten Grenzwert erreichte. Damit sollten die vielen, häufig kleinen landwirtschaftlichen Produzenten in den Entwicklungs- und Schwellenländern vor einer Überflutung mit Agrarprodukten aus den OECD-Ländern geschützt werden – vor dem Hintergrund der immer noch großen Bedeutung des Agrarsektors in den Entwicklungsländern sicher eine ökonomisch nachvollziehbare Begründung. Politisch kann es sich keine indische Regierung leisten, in Vorwahlzeiten die Interessen der heimischen Bauern zu ignorieren. Die US-amerikanische Handelsministerin – als Vertreterin des reichsten und höchstentwickelten OECD-Staates – wollte dieser Bedingung nicht zustimmen, und auch Frankreich, als gegenwärtige Ratsvorsitzende der EU, versuchte, einen entsprechenden Kompromiss zu verhindern! Die mächtige Farmlobby in den USA machte offenbar Druck.

» Sicher ist das Scheitern der Verhandlungen unter den gegenwärtigen Bedingungen besser als ein fauler Kompromiss, der letztlich wieder nur den Agrar- und Industrieinteressen der entwickelten Länder gedient hätte. Immerhin war die Doha-Runde mit dem ausdrücklichen Fokus

auf eine Verbesserung der Handelsbedingungen der Entwicklungs- und Schwellenländer gestartet. Dieser Blickwinkel ist dann allerdings schnell verändert worden, was zu Recht auf den Widerstand der Entwicklungsländer trifft. Die reichen OECD-Länder müssen begreifen, dass die Lehrbuchweisheit vom allgemeinen Vorteil eines liberalisierten Handels so nicht aufrechtzuerhalten ist und letztlich auch sie nur Absatzmärkte vorfinden und erhalten können, wenn den Entwicklungs- und Schwellenländern ermöglicht wird, ihre Agrarwirtschaft konkurrenzfähig zu erhalten und eine eigenständige Industrialisierung voranzutreiben. Ob allerdings der Jubel von ATTAC über das Scheitern der Gespräche in Genf geteilt werden sollte, bleibt zweifelhaft. Sicher ist, dass gerade auch die Entwicklungs- und Schwellenländer von Handelsblockaden in OECD-Ländern nicht profitieren werden und auch die bereits ausgehandelten technisch-institutionellen Hilfen für die Entwicklungsländer so lange auf Eis gelegt werden, bis es zu einem Gesamtpaket kommt. Selbstverständlich hört das Ringen um offenere Märkte ja nun nicht auf, nur weil die Doha-Runde abermals ins Stocken geraten ist. Vielmehr werden zunehmend bilaterale Absprachen, z.B. zwischen der EU und einzelnen Entwicklungsländern oder Ländergruppen, in den Vordergrund treten. Und ob die Verhandlungsmacht der einzelnen Entwicklungsländer hierbei größer ist als im Rahmen der umfassenden WTO-Gespräche, muss doch sehr bezweifelt werden. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Programmatische Phantasie freisetzen!

Anmerkungen zu
den neuen Juso-Thesen

von Uwe Kremer



Foto: Christian Kiel

» Bei der Vorlage der „Thesen zu jungsozialistischer Politik – Für eine Linke der Zukunft“ handelt es sich in mehrfacher Hinsicht um einen bemerkenswerten Vorgang. Mit einem klaren Bekenntnis zu einer kapitalismuskritischen und sozialistischen Grundsatzposition stellt sich der Verband erneut in die Tradition der sog. Linkswende aus dem Jahre 1969. Das sind fast 40 Jahre, eine Kontinuität, ohne die auch die heutige Linke in der SPD nicht denkbar wäre und zu der sicherlich auch diese Zeitschrift erheblich beigetragen hat. Und es hat – bei Lektüre des Papiers, mit Blick auf die beeindruckende zentrale Tagung der Jusos Anfang Juni und angesichts des Selbstbewusstseins an der Juso-Spitze – schon etwas außerordentlich Beruhigendes, dass diese Kontinuität auch für die nächsten Jahre gesichert zu sein scheint.

Hierin drückt sich wohl auch – unabhängig von Parteiorientierungen – eine Tendenz in Teilen der nachwachsenden Generation aus: Jenseits eines eher punktuellen und diffusen gesellschaftskritischen Engagements ist ein wieder verstärktes Interesse an grundlegenden Auseinandersetzungen mit den herrschenden Verhältnissen – und ergo auch an der Marx'schen Theorie – zu verzeichnen. Es ist gut, dass dies auch die Sozialdemokratie erreicht hat. Es ist insbesondere auch gut für eine SPD-Linke, die in den heutigen Gemengelagen ein so klägliches Dokument wie das neue SPD-Grundsatzprogramm schon als Erfolg verarbeiten muss. Es zeichnet den „Geist“ der Thesen insbesondere aus, dass darin wieder das Spannungsverhältnis thematisiert wird, dass zwischen einer Perspektive

jenseits des Kapitalismus und dem Leben und Arbeiten im „Hier und Jetzt“ besteht – und zwar nicht nur als ein allgemein-politisches Spannungsverhältnis, sondern als eines das auch und gerade die einzelne Person betrifft (s. die abschließende These 63). Denn dies ist eine Grundvoraussetzung für jedwede intellektuelle und politische Produktivität von Sozialistinnen und Sozialisten. Umso mehr will ich mich im Rahmen dieses kurzen Diskussionsbeitrages der Bearbeitung dieses Spannungsverhältnisses in den Thesen etwas ausführlicher und kritischer widmen.

Die Autorinnen und Autoren kritisieren in der These 6 die Juso-Linken von Anfang der 90er Jahre, die sich – vor dem Hintergrund der damaligen „53 Thesen des Projekts Moderner Sozialismus“ – zur Aufgabe gesetzt hatten, „in den ökonomischen, sozial-kulturellen und politischen Verhältnissen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft die Grundlagen für einen entwickelten Sozialismus so weit wie möglich auszubauen“. Denn: „In dieser Vorstellung verwischten sich die grundlegenden Unterschiede zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaft.“ In den neuen Thesen wird hingegen die „Totalität“ des Kapitalismus betont, der mit seiner ihm innewohnenden Logik und Dynamik alle menschlichen Lebensbereiche und Beziehungen durchziehe und auch seine Gegnerschaft determiniere (s. These 9). Daran anknüpfend ist man in These 30 dann der Meinung, „dass wirkliche Solidarität, Gleichheit und Humanität erst auf der anderen Seite des Zauns auf uns wartet.“

□ Zwei Vergesellschaftungslogiken

» Meines Erachtens handelt es sich hierbei um eine sehr schematische, politisch wenig orientierende Sichtweise der Dinge. Ich bin nicht der Meinung, dass der Sozialismus jenseits irgendeines Zaunes bzw. im Jenseits auf uns wartet, sondern – durchaus im Marx'schen Sinne – dass eine Gesellschaftsformation erst dann untergeht, wenn sich in ihrem Schoß die Elemente der neuen Gesellschaft schon entwickelt haben. Dabei koexistiert der Kapitalismus mit seiner zweifellos dominanten Verwertungslogik mit anderen Vergesellschaftungslogiken. Dies meinte Marx, als er im 19. Jahrhundert die Verkürzung des Arbeitstages als Sieg der Politischen Ökonomie der Arbeiterklasse über die des Kapitals bezeichnete.

So stand der Sozialstaat des 20. Jahrhunderts zumindest in seinen entwickelten Ausprägungen, in denen er riesige Anteile des gesellschaftlichen Reichtums der kapitalistischen Verwertungslogik entzieht und in eigene Dienstleistungs- und Versorgungsstrukturen einspeist, für eine andere, nämlich gemeinschaftliche Vergesellschaftungslogik. Er war einerseits mit einer Produktivkraftentwicklung verbunden, die Massenproduktion und Massenkonsum – den „Fordismus“ – ermöglichte. Andererseits war er starken Massenorganisationen der Arbeiterbewegung geschuldet. Hierbei zeigte sich aber, dass sich diese Logik der „Gemeinschaftlichkeit“ nicht nur als demokratische Selbstbestimmung, sondern auch als bürokratische Massenverwaltung artikulieren ließ und sie auch in erheblichem Maße mit der Akzeptanz der Natur und Lebensräume zerstörenden Seiten des „Fordismus“ einherging.



Foto: www.fotolia.de, © Daniel Hohlfeld

Die Behauptung des „Modernen Sozialismus“ ist nun die,

□ dass es auch im 21. Jahrhundert erforderlich und möglich ist, eine gemeinschaftliche Vergesellschaftungslogik schon im Rahmen der kapitalistisch dominierten Gesellschaftsformation zur Geltung zu bringen,

□ dass sie sich durch eine wesentlich stärkere demokratisch-selbstbestimmende, ökologische und hinsichtlich der Lebensräume plurale Ausprägung auszeichnen wird und

□ dass hierfür reale technologische und sozialkulturelle Tendenzen der nunmehr „post-fordistischen“ Produktivkraftentwicklung in Anspruch genommen werden können.

Die Neuformierung des Sozialstaates im Sinne der „biographischen Selbstbestimmung“ (hierfür ist u.a. die „Arbeitsversicherung“ zentral), der ökologische Umbau der Energiewirtschaft im Sinne der vorliegenden solarwirtschaftlichen Konzeptionen und der systematische Ausbau einer neuen Gemeinwirtschaft in den Regionen – um nur drei Beispiele zu nennen – sind in diesem Sinne zeitgemäßer Ausdruck einer alternativen Vergesellschaftungslogik.

□ Strukturreformen in sozialistischer Perspektive

» Zwischen „kommunal verwalteten Schwimmbädern“ und „besetzten Häusern mit Volksküche“ (These 9) und dem Sozialismus „jenseits des Zaunes“ gibt es die Möglichkeit und die Notwendigkeit, grundlegende Strukturreformen in Angriff zu nehmen, in denen der moderne Sozialismus sichtbar wird. Obwohl bzw. gerade weil die Thesen teilweise sehr fundamental daher kommen, fallen sie aber in diesem Zwischenraum sehr zaghaft und defensiv aus. Deutlich wird dies insbesondere an der These 28: Sie steht immerhin unter dem Titel „Sozialistische Wirtschaftspolitik“, ist aber im Kern auf keynesianische Instrumente der Fiskal- und Geldpolitik reduziert, und die sind



ja nun wirklich nicht genuin sozialistisch. Aber das macht nichts, denn sie sind zweifellos sehr kompatibel mit einer alternativen Vergesellschaftungslogik! Ansonsten werden dort viele Elemente stichwortartig und eher beiläufig erwähnt, die Arbeitsversicherung ebenso wie der öffentliche Beschäftigungssektor, aber ihr „sozialistisches Potenzial“ wird nicht ausgespielt. Die „Demokratisierung der Wirtschaft“ erschöpft sich in einem Halbsatz zum „Ausbau öffentlicher Beschäftigung und alternativer Wirtschaftsformen“, über welche man dann aber gar nichts mehr erfährt.

Zu Beginn (in der These 2) heißt es: „Den demokratischen Sozialismus zu erreichen, ist eine dauernde Aufgabe. Ihn exakt zu definieren, ist unmöglich.“ Man lehnt es ab, „eine Vision bis ins kleinste Detail aus den heutigen Verhältnissen heraus zu beschreiben“. Dies ist alles richtig. Aber es geht auch nicht um das Detail, sondern um die Grundzüge und die Richtung eines modernen Sozialismusverständnisses und über die erfährt man in den Thesen noch zu wenig. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass es nach den Erfahrungen mit den Sozialismen des 20. Jahrhunderts, also insbesondere mit dem sozialdemokratischen Sozialstaatsmodell (in Verbindung mit einer dominierenden kapitalistischen Produktionsweise) und natürlich mit dem Sozialismus sowjetischen Typs unumgänglich ist, sich mit alternativen Mechanismen des sozialen Zusammenlebens und insbesondere mit alternativen ökonomischen Mechanismen zu beschäftigen und dies auf dem Niveau der Chancen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu tun.

» Dies kann aber in der Tat nicht alleine am Reißbrett passieren, obwohl das Denken in Modellen meines Erachtens dazugehört. Entscheidend ist die Verbindung mit allen realen Punkten, an denen die Vergesellschaftungslogiken aufeinander prallen, etwa in der Auseinandersetzung um den kommunalen Wirtschaftssektor, in der gesellschaftlichen Regulierung von Stoff- und Energieströmen oder dem Umbau des Gesundheitswesens. An diesen und anderen Punkten lässt

sich wieder die programmatische Phantasie entwickeln, die meines Erachtens das aktuelle SPD-Programm – im Unterschied zu ihrer Vorgängerin – vermissen lässt. In diesem Sinne unterstütze ich die Aussage: „Die Diskussion darüber, wie eine Gesellschaft anders aussehen kann, sehen wir als Teil unseres Kampfes.“ (These 2) Die Juso-Thesen sind ein gelungener Aufschlag, mit dem diese Diskussion wieder eröffnet worden ist. ■

☞ Dr. Uwe Kremer, spw-Mitherausgeber, ist Geschäftsführer des Life Technologies Ruhr e.V. und lebt in Bochum.

LINKE?
Bei uns schon
seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21

Forum demokratische Linke
Die Linke in der SPD

www.forum-dl21.de



Staatlichkeit und emanzipatorische Politik

von Thilo Scholle



Eine Zeit lang sah es so aus, als könnten auch in der Sozialdemokratie jene politischen Denkansätze an Einfluss gewinnen, die den Staat als Akteur im Kampf für fortschrittliche Politik abgeschrieben hatten. „Privat vor Staat“ war auch innerhalb der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion keine unbekannte Parole. Weitere Privatisierungen und Deregulierungen gerade auch im Bereich der Öffentlichen Daseinsvorsorge waren die Folge. Diese Entwicklung hat sich seit einiger Zeit zumindest auf der Ebene der politischen Verlautbarungen wieder verändert. Auch das „Hamburger Programm“ versucht, staatliche Handlungen wieder als ein Element gesellschaftlicher Steuerung und Gestaltung zu beschreiben.

Im intellektuellen Umfeld der Sozialdemokratie melden sich wieder Stimmen zu Wort, die eine stärkere Rolle des Staates im politischen Geschehen befürworten. Hans Peter Bull, Professor für Öffentliches Recht in Hamburg und für die SPD u.a. Innenminister von Schleswig-Holstein Anfang der 1990er Jahre, unternimmt mit seinem Buch „Absage an den Staat? Warum Deutschland besser ist als sein Ruf“ den Versuch, die Debatten über die Handlungsfähigkeit von Staatlichkeit in Deutschland zu mäßigen. Bull erhebt dabei nicht den Anspruch, eine tiefer schürfende Analyse der Grundstrukturen von Staatlichkeit an sich zu liefern.

In seinem Buch beschreibt er vielmehr vor allem, wie politisches Handeln nach wie vor gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten besitzt. Im Gegensatz zu Staatsverächtern wie dem Speyerer Professor Hans Herbert von Arnim geht es Bull darum, die Möglichkeiten, die die Staatsorganisation des Grundgesetzes bietet, für soziale und demokratische



tische Veränderungen zu nutzen. Theoretisch schließt er dabei an die sozial-liberale Staatslehrtradition der Bundesrepublik an. Bezüge zu einer marxistischen Interpretation des Grundgesetzes, wie sie etwa Wolfgang Abendroth geliefert hat, finden sich nicht, sind aber auch nicht Anspruch des Autors.



Foto: www.fotolia.de, © Michael Sick

□ Der Staat als soziales Verhältnis

» Dass es „den Staat“ nicht gibt, ist eine Bin-senweisheit. Neben intellektuell einfachen Darstellungen, die den Staat als einen monolithischen Block und schlichtes Instrument in den Händen einer herrschenden Klasse sahen, hat sich innerhalb der an Marx orientierten Debatte schon sehr früh eine vielschichtige Diskussion um die Beschaffenheit von Staatlichkeit – vor allem im Kontext kapitalistischer Wirtschaftsordnungen – entwickelt.

Fast ein kleines Lehrbuch zur Einführung in die marxistische Staatstheorie ist das Buch „Herrschaft im Wandel“ von Andreas Fisahn, Professor für Öffentliches Recht in Bielefeld. Forschungsleitbild für Fisahn ist nicht die abstrakte Frage, was „der Staat“ ist, sondern wie sich gesellschaftliche Herrschaft im Kontext kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen vermittelt. Ausführlich grenzt er dazu seine Überlegungen von einem wirkungsmächtigen Diskussionsstrang in der (vor allem deutschen) Rechtswissenschaft ab, der den Staat unabhängig von seiner konkreten Ausgestaltung und seinem gesellschaftlichen Kontext zu begreifen versucht. Staatlichkeit wird in einer ersten Annäherung als „Ensemble von Strukturen und Institutionen mit unterschiedlichen, mehr oder weniger gut aufeinander abgestimmten Kompetenzen, Aufgaben und Funktionen“ beschrieben. Diese Institutionen sind von „unterschiedlichen Kräfteparallelogrammen“ durchzogen und gleichzeitig selbst „Elemente des Kräfteparallelogramms im staatlichen Feld“. Hier schließt Fisahn sehr deutlich an die Arbeiten von Nicos Poulantzas an. Intensiv widmet sich der Autor sodann dem Verhältnis von Demokratie und Herrschaft. Für Fisahn bleibt

das völlige Absterben von Herrschaft in der sozialistischen Utopie ein „mystisches Moment“. Mit dem Wegfall ökonomischer Ausbeutung – der „Herrschaft über Menschen“ – und der Einführung einer gemeinschaftlichen Verwaltung des Produktionsprozesses werde zwar Demokratie im eigentlichen Sinne möglich. Allerdings sei zu vermuten, dass mit der gemeinschaftlichen Herrschaft über Sachen dann doch wieder auch eine Art Herrschaft über Menschen verbunden sein würde. Am Begriff von Staatlichkeit in der „Assoziation der Freien und Gleichen“ sei mithin noch zu arbeiten. Auszugehen sei aber zumindest von einer „Rücknahme des Staates in die Gesellschaft“.

Ausführlich setzt sich Fisahn mit der Diskussion über die genaue Funktion von Staatlichkeit im Kapitalismus auseinander. In diesem Sinne fungiere der Staat als Garant der kapitalistischen Produktion insgesamt. Zugleich durchdringe der Staat aber nicht alle Gesellschaftsbereiche gleichermaßen. Dies öffnet die Perspektive dafür, auch andere gesellschaftliche Machtverhältnisse in den Blick zu nehmen. Ein letzter Abschnitt des Buches nimmt die „neoliberalen Verschiebungen“ im flexiblen Kapitalismus in der Beschaffenheit von Staatlichkeit in den Blick. Fisahn stellt dabei die Thesen auf, 1. eine Tendenz zur Entdemokratisierung oder Oligarchisierung staatlicher und gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse, 2. die Entflechtung staatlicher und ökonomischer Funktionen, 3. eine Umstellung der Logik staatlicher Apparate auf die ökonomische Logik. Insgesamt schlägt das Buch eine gut lesbare Schneise durch die marxistische Staatsdiskussion der letzten einhundertfünfzig Jahre. Mit dem Blick auf die Veränderungen der letzten Jahrzehnte wird zudem ein Bogen zu aktuellen Diskussionen geschlagen.

□ Der Staat in der Bürgerlichen Gesellschaft

» Im Sammelband „Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft“ werden weitere Facetten marxistischen Staatsverständnisses diskutiert. Die Herausgeber Joachim Hirsch, John Kannankulam und Jens Wissel skizzieren in ihrer Einleitung zentrale Elemente einer an Marx orientierten Staatstheorie. Dazu zählt, Staatlichkeit als Ausdruck gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse zu begreifen, die es zu überwinden gilt, und die für die bürgerliche Gesellschaft charakteristische Trennung von Staat und Gesellschaft zu überwinden. Der Staat müsse als integraler Bestandteil der kapitalistischen Produktionsverhältnisse verstanden werden. Leitfrage sei, welches die Prozesse sind, mittels derer sich die politische Form der kapitalistischen Gesellschaft durch soziale Auseinandersetzungen und Kämpfe hindurch erhalte, wie vor diesem Hintergrund politische Herrschaft als die Einheit von Zwang und Konsens hergesellt werden könne. In einem weiteren Artikel gehen sie vor allem auf die Bedeutung von Louis Althusser und Nicos Poulantzas ein. Dabei plädieren sie dafür, nicht nur ökonomische Kräfteverhältnisse in den Blick zu nehmen. Im Anschluss an Poulantzas wird für einen „relationalen“ Staatsbegriff plädiert. Die Beschaffenheit von Staatlichkeit hängt damit von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab, die sich in die Materialität des Staates einschreiben.

Josef Esser, bereits seit den 1970er Jahren mit Arbeiten zur materialistischen Staatstheorie präsent, gibt abschließend einen Überblick über das Schwarze Loch einer tatsächlichen Auseinandersetzung mit materialistischer Staatstheorie in der deutschen Politikwissenschaft. Als Kontrast dazu verweist er auf die Debatten in angelsächsischen Ländern, die unter der Überschrift „Bringing the State back in“ wieder stärker auch marxistische Arbeiten in der Diskussion rezipierten.

□ Vom Blick auf den Staat zur Rechtsform

» Einen der entscheidenden Beiträge zur Weiterentwicklung marxistischer Staatstheorie hat Antonio Gramsci geleistet. Mit dem Buch „Hegemonie gepanzert mit Zwang“ versuchen Sonja Buckel und Andreas Fischer-Lescano, einen Überblick über aktuelle Konzepte von Staatlichkeit im Anschluss an Gramsci zu geben. Der Focus richtet sich auf die Frage, wie sich Staatlichkeit jenseits des klassischen Nationalstaates entwickelt hat. Deutlich wird, dass sich bereits von „fragmentierter“ Staatlichkeit auf internationaler Ebene sprechen lässt. Die Frage, was sich alles unter Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene fassen lässt, welches Verhältnis zwischen Nationalstaaten und globalen Kräfte- und Klassenverhältnissen besteht, bietet viel Stoff für weitere Diskussionen.

Die bereits oben angesprochene Herausforderung, Recht in seinem – herrschaftsgebundenen – gesellschaftlichen Kontext zu betrachten, ohne die möglichen Eigendynamiken der Rechtsform aus den Augen zu verlieren, versucht Sonja Buckel in ihrem Buch „Subjektivierung und Kohäsion“ nachzugehen. Bereits mit dem Titel werden die zwei Hauptzwecke der Rechtsform deutlich: Subjektivierung des Menschen auf der einen, Kohäsion der gesellschaftlichen Verhältnisse auf der anderen Seite. Dabei versucht sie eine Verbindung von Systemtheorie als der Theorie, die der Vorherrschaft funktionaler Differenzierung in modernen Gesellschaften nachspüre, und marxistischer Gesellschaftstheorie, die den kapitalistischen Charakter der Gesellschaft in den Blick nehme. Recht ist nötig, um gesellschaftliche Hegemonie zu organisieren. Gesetze wirken hier als juristische Machttechnologie. Somit kommt dem Recht einerseits eine Funktion als Kohäsions- und Konsensfiktion der Gesellschaft zu, als Scharnier zwischen den Vereinzelten Individuen und der Gesellschaft. Als verselbstständigte Form sozialer Verhältnisse erhalte sich die Rechtsform aber zugleich eine „relationale Autonomie“. Rechtsform und politische Form können sich demnach unabhängig von einander entwickeln.

Aus dieser Analyse leitet Buckel auch Emanzipationspotentiale des Rechts her. Mit der formalen Anerkennung von Rechten gehe ein Aufschub an Macht einher, Kräfteverhältnisse könnten sich nur „relational“ – also im Verhältnis zu anderen Einflussfaktoren – ins Recht einschreiben. Rechte könnten daher auch als „Waffen“ in gesellschaftlichen Konflikten eingesetzt werden. Mit dem Buch Buckels gelingt eine Erweiterung der Perspektive der neuern marxistischen Diskussion über Staatlichkeit. Mit der Rechtsform wird eine der entscheidenden Handlungsformen gesellschaftlicher Steuerung auch auf seine emanzipatorischen Potentiale hin untersucht.

□ Diskussion von Staatlichkeit und emanzipatorische Politik

» Die eingangs vorgestellten Bücher zeigen, dass die marxistisch inspirierte Diskussion über Staat, Recht, und die Bedingungen emanzipatorischer Politik weiter an Substanz gewonnen hat. Klar ist, dass diese Diskussion weder den politikwissenschaftlichen noch den sozialdemokratischen Mainstream in Deutschland erreicht hat. „Den Staat“ als Akteur zu rehabilitieren bzw. wieder in die innersozialdemokratische Debatte – siehe Hamburger Programm – zu bringen, ist als Haltelinie gegen ein weiteres Abrutschen in eine Politik, die sich immer weiter ihrer Handlungsmöglichkeiten beraubt oder berauben lässt, sinnvoll.

Hinzutreten muss aber auch ein Diskussion darüber, wie weit ein allzu einfaches rekurren auf staatliche Maßnahmen ins Leere läuft, wenn sie nicht die gesellschaftlichen Hintergründe und Rahmen von Staatlichkeit mit in den Blick nimmt. Bei der Lektüre der oben angeführten Bücher wird zudem deutlich: Ohne ein fundiertes Gesellschaftsverständnis schwebt jede Vorstellung vom Staat im freien Raum. Es lohnt sich, auch diese Impulse in die sozialdemokratische Debatte zu tragen. ■

↳ Thilo Scholle, Lünen, Rechtsreferendar am Landgericht Dortmund, Mitglied der spw-Redaktion.

Literatur

- Buckel, Sonja: Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts, Vellbrück Wissenschaft, Weilerswist 2007, 360 Seiten, 38,00 Euro
- Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas: Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Nomos-Verlagsges., Baden-Baden 2007, 209 Seiten, 29,00 Euro.
- Bull, Hans Peter: Absage an den Staat? Warum Deutschland besser ist als sein Ruf, Vorwärts Buch, Berlin 2005, 293 Seiten, 24,80 Euro.
- Fisahn, Andreas: Herrschaft im Wandel. Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates, PappyRossa Verlag, Köln 2008, 410 Seiten, 22,90 Euro.
- Hirsch, Joachim/Kannankulam, John/Wissel, Jens: Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx, Nomos-Verlagsges., Baden-Baden 2008, 223 Seiten, 29,00 Euro.

Buch zur Geschichte des Jugendwerkes der AWO

Autor Marcus Mesch liefert im ersten Buch zur Geschichte des Kinder- und Jugendverbandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) auf 236 Seiten einen umfassenden Überblick, von den Wurzeln des Jugendwerkes der AWO, über die Gründungsmotive und die Gründung bis zur Verabschiedung des Grundsatzprogramms im Jahr 2000.



Preis: 10 € pro Exemplar (zzgl. Versandkosten)

Bestellungen an:
AWO-Bundesverband e.V.
Verlag & Vertrieb
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Fax: 030/2630932258
E-Mail: verlag@awo.org



Infos: Bundesjugendwerk der AWO
Fon: 030/2592728-50
E-Mail: info@bundesjugendwerk.de
www.bundesjugendwerk.de



Foto: www.fotolia.de, © Patrizia Tilly

Neustart Frauenpolitik – Warum die Quote Schule machen muss

Katie Baldschun und Sarah Henkelmann



» Runde Geburtstage im Jahr 2008: Zehn Jahre Regierungsbeteiligung der SPD im Bund, 20 Jahre SPD-„Quotenbeschluss“ – zur Durchsetzung gleicher Beteiligung beider Geschlechter bei Ämtern und Mandaten. So akzeptiert die parteiinterne Quotierungsregelung mittlerweile ist (und zu ihrem diesjährigen Jubiläum Ende August auch mit einem Festakt gewürdigt), hat sich die Sozialdemokratie in den Jahren der Regierungsverantwortung nicht durchringen können, vergleichbar harte Instrumente für die Gleichstellung auch außerhalb der eigenen Gremien anzuwenden. Schon für die rot-grüne Frauenpolitik galt: 1998 als Tiger gesprungen, 2001 als Bettvorleger gelandet, die rühmliche Ausnahme bildet insbesondere das Bundesgleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst. Doch seit 2005 haben Kanzlerin und Familienministerin die Frauenpolitik ganz in die Mottenkiste verbannt.

Im Banner auf der Eingangsseite des Internetauftritts vom Querschnittsministeriums Bundesministerium Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat die Gleichstellung zwar einen prominenten Platz. Doch es bleibt bei diesem rein virtuellen Eindruck. Tatsächlich wird für echte Gleichstellung bundespolitisch derzeit so wenig getan wie lange nicht. Beispiel 3. Bilanz Chancengleichheit: An ihr ist vor allem gut, dass es sie gibt. Weder die Entstehungsgeschichte der „Bilanz“ noch die aktuellen Inhalte geben jedoch Anlass zu gleichstellungspolitischen Enthusiasmus. Bilanziert wird seit 2003 über die „Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“. Die Vereinbarung war 2001 geschlossen

worden, nachdem sich die rot-grüne Bundesregierung mit ihrem Vorhaben eines Gleichstellungsgesetzes, das insbesondere auch die Privatwirtschaft erfasst hätte, dem Widerstand der Arbeitgeberverbände gebeugt hatte.

□ Ernüchternde Gleichstellungsbilanz

Sieben Jahre später könnte die Bilanz gerade auf dem Gebiet der Privatwirtschaft kaum ernüchternder sein: Der Anteil Frauen an Führungspositionen liegt bei 26,5 Prozent – damit liegt die Bundesrepublik auf dem siebtletzten Rang im EU-Vergleich. Dass die Platzierung nicht noch schlechter ausfällt, liegt allein an der guten Repräsentanz von Frauen im Management kleiner und mittelständischer Unternehmen. Doch je höher die Hierarchieebene und je renommierter und umsatzstärker das Unternehmen, desto dünner die Luft für Frauen – derzeit eine Frau in allen Vorständen der Dax-Unternehmen bedeutet eine Quote von unter einem Prozent.

Echte Antworten und Lösungen hat die derzeit zuständige Ministerin nicht anzubieten. Laut Bilanz zur Chancengleichheit bleibt zwar „ein steigender Anteil von Frauen in Führungspositionen (...) für die Bundesregierung und die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft weiterhin ganz oben auf der Agenda“. Das ist aber genauso wolkig gemeint, wie es sich liest. Schließlich hat die Bilanz nach eigener Bezeichnung auch „Europa im Blick“ – wenige Zeit vor der Veröffentlichung hatte jedoch Bundeskanzlerin Merkel deutlich gemacht, dass sie auch auf europäischem Parkett keinesfalls mit Frauenpolitik in Verbindung gebracht werden will. Schon gar



nicht, wenn es (aus ihrer Sicht) gegen die Interessen der heimischen Wirtschaft geht.

» Dass andere europäische Staaten der Bundesrepublik gerade beim Abbau von Geschlechterhierarchien um Jahre voraus sind, ist keine Neuigkeit. Vor allem der Blick nach Norden gibt jedoch der 2001 abgeebbten Debatte um gesetzliche Maßnahmen neues Feuer: Norwegen hat als erstes Land der Welt am 01.01.2008 ein Gesetz in Kraft gesetzt, das eine Frauenquote von 40 Prozent in Aufsichtsräten norwegischer Aktiengesellschaften fordert – und sanktioniert. Erst seit Ende letzten Jahres wird es auch in der deutschen Presse kontrovers diskutiert, im Mai gab es im Rechtsausschuss des deutschen Bundestages eine Anhörung zur norwegischen Quote, auf Initiative der Fraktion der Grünen.

□ Die norwegische Quote

In Norwegen hatte im Jahre 2003 ausgerechnet die konservative Regierung das Gesetz initiiert. Federführend war damals mit Ansgar Gabrielsen ein Mann. Für den ehemaligen Unternehmer und damaligen Wirtschaftsminister war die Gleichstellung per Gesetz nicht nur Selbstzweck, sondern sollte auch die Stellung der Unternehmen verbessern. „Ich habe viele Untersuchungen gelesen, und immer wieder stand da drin, dass Vielfalt in Unternehmen wichtig ist. Deshalb habe ich für das Gesetz geworben, dass die Aktiengesellschaften zu einer Frauenquote für den Aufsichtsrat verpflichtet und deshalb habe ich viel Schimpfe einstecken müssen. Wir brauchen mehr Frauen wie Sie in Führungspositionen“, hatte Gabrielsen zuletzt Ende des vergangenen Jahres auf einer Konferenz an das weibliche Publikum appelliert. Damals war er zu Gast bei einer Veranstaltung der Seminarreihe „Female Future“ des norwegischen Wirtschaftsverbandes NHO. Der Verband ist ein erklärter Gegner der Frauenquote. In einem Bericht von der Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestages wird er mit den Worten zitiert, es sei ihm schlicht „peinlich“ gewesen, dass sich die gut qualifizierte

Hälfte der Bevölkerung Norwegens nicht in den Führungsetagen der Unternehmen wiederfinde.

Betroffen sind von der norwegischen Vorschrift nur so genannte allmennaksjeselskaper (kurz ASA), vergleichbar mit der deutschen AG. Die von den Arbeitnehmern entsandten Vertreter werden bei der Berechnung der Quote ausgeklammert. In Norwegen gibt es knapp 500 ASA, die größten sind im Wirtschaftsverband NHO organisiert. Die kleineren Aktiengesellschaften, AS genannt, müssen die Quote nicht erfüllen. Die gesetzlichen Vorgaben, von denen mehrere Großkonzerne wegen aktienrechtlicher Besonderheiten ausgenommen sind, ließen den betroffenen Unternehmen eine zweijährige „Schonfrist“ bis zur Erfüllung der Quote. Liegt der Frauenanteil danach, also seit Anfang des Jahres, immer noch unter 40 Prozent, können die jeweiligen Aufsichtsräte per Gerichtsbeschluss von den Behörden zwangsaufgelöst werden. So sieht es das Gesetz vor. Flankierend zum Gesetz hatte die norwegische Regierung eine Datenbank mit über 4000 qualifizierten Frauen angelegt und den Unternehmen zugänglich gemacht.

Die norwegischen Unternehmen, die der Quote noch nicht entsprechen, erhalten zunächst eine Warnung, die gesetzliche Bestimmung alsbald umzusetzen. Nach Angaben des Handelsministeriums in Oslo hat neben zwölf kleineren norwegischen Unternehmen auch der bekannte Erstliga-Fußballklub Fredrikstad FK eine solche Warnung erhalten. Die große Mehrheit der 463 betroffenen Unternehmen hat die Quotenregelung jedoch bereits umgesetzt. Und: In jüngster Zeit ist in Norwegen auch der Frauenanteil in den Aufsichtsräten der kleineren Aktiengesellschaften, die nicht vom Quoten-Gesetz erfasst sind, gestiegen.

Dagegen ist die Bundesrepublik gleichstellungspolitische Baustelle. Dass in Führungsgremien größerer Unternehmen Frauen zahlenmäßig nicht völlig marginalisiert sind, ist allein dem Mitbestimmungsrecht und darin der Arbeitnehmerseite zu verdanken, denn zumindest die ArbeitnehmerInnen entsenden zu ihrer Vertretung auch Frauen in die Aufsichtsräte.

„Neuer Aufbruch für die Frauenpolitik“ hatte die SPD anno 1998 den entsprechenden Passus in ihrem Wahlprogramm überschrieben. 2009 ist ein erneuter Neustart nötig, weil Frauen- und Familienpolitik eben nicht das gleiche sind, von der Leyen und Co. aber genau diese Fehlvorstellung zementieren wollen. In der Koalitionsvereinbarung '05 läuft die Frauenpolitik als Unterkapitel zur Familienpolitik und so wird das betreffend Ministerium auch geführt.

□ Frauenpolitisches Profil der SPD schärfen

Die Daten für den frauenpolitischen Neustart hat die Sozialdemokratie im Hamburger Programm definiert: „Erforderlich sind gesetzliche Maßnahmen für die gleiche Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien.“ Ein knappes Jahr nach der erfolgreichen Debatte um das Gleichstellungskapitel im SPD-Grundsatzprogramm wird es jetzt darum gehen, das frauenpolitische Profil der SPD nach außen zu schärfen. Denn: Das Potenzial an Stimmen insbesondere bei jungen Frauen ist für die Sozialdemokratie erheblich. Das zeigen die Analysen der jüngsten Landtagswahlen in Niedersachsen, Hamburg und vor allem Hessen. Und es wird unterstrichen durch die Erkenntnis, dass nicht nur das Wort Feminismus, sondern auch konkrete politische Anforderungen, die sich aus dem feministischen Diskurs des 21. Jahrhunderts ergeben, zurück in der öffentlichen Debatte sind – und sich gerade nicht nur aufs Feuilleton reduzieren lassen.

Deshalb werden die Festlegungen der SPD auf die zentralen Punkte für das Wahljahr 2009 nicht ohne klar und konkret formulierte Aussagen zur echten Gleichstellung von Mann und Frau auskommen. Die gesetzliche Quotenregelung für die Führungsebenen großer Unternehmen ist nur eine davon. ■

☞ Dr. iur. Katie Baldschun, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende, lebt und arbeitet in Dortmund.

☞ Sarah Henkelmann, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, stellvertretende Juso-Landesvorsitzende Niedersachsen, lebt und arbeitet in Hannover.

www.marxistische-blaetter.de



Einzelheft:

112 Seiten, 8,50 €

Jahresabo: 45,00 €

Ermäßigt: 30,00 €

Ältere Hefte
schicken wir
gerne auch
kostenlos zu

China im Aufbruch – wohin?

THEMA Volksrepublik China: 30 Jahre Reform- und Öffnungspolitik **Helmut Peters**
Erfolgreich, aber nicht sozialistisch **Manfred Szameitat** | China unter dem Einfluss des Neoliberalismus **Bingyan Li**
Grundlegende Merkmale der sozialistischen Marktwirtschaft **Cheng Enfu** | Die sozialistische Entwicklungsstrategie der VR China **Theodor Bergmann** | Zur Innen- und Aussenpolitik der KP Chinas **Rolf Berthold** | Harmonische Gesellschaft – Lohnarbeit und Klassenkämpfe **Xinhua Jian** | Die alten Gewerkschaften im neuen China **Lars Mörking** | Nationalitäten und Nationalitätenpolitik in der VR China **Ingo Nentwig** | Proteste und Separatismus in Tibet **Barry Sautman** | Gedanken und Thesen zur chinesischen Kulturrevolution **Manfred Lauerman**

Bestellung bei Neue Impulse Versand

Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen

Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4

E-Mail: NeueImpulse@aol.com



NEUE IMPULSE VERLAG

Foto: www.fotolia.de, © bilderbox



Der Beitrag von Horst Heimann über die „Gerechtigkeitslücke“ löste in der DL 21 Dortmund eine lebhaft kontroverse Diskussion aus. Statt diese Diskussion bis zu einem Konsenspapier weiterzuführen, wollen wir den Beitrag in der spw zur Diskussion stellen. Er knüpft inhaltlich an die spw 163 „Richtung bestimmen“ an. Wir werden zu einigen Punkten kritische und ergänzende Diskussionsbeiträge verfassen. Um wieder eine produktive Diskussionskultur in der SPD zu entwickeln, sollte die SPD-Linke mit gutem Beispiel vorangehen. *[DL 21 Dortmund]*

Gerechtigkeitslücke – zu Lasten der SPD

von Horst Heimann



Soziale GERECHTIGKEIT ist für 83 Prozent der deutschen WählerInnen der wichtigste Wert (FES-Studie „Gesellschaft im Reformprozess“, 2006). Diese solidarische Wertepräferenz der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung ist die Grundlage dafür, dass eine Mehrheit von zwei Dritteln die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Politik in Deutschland für ungerecht hält (Deutschlandtrend April 2008, Frankfurter Rundschau 4.4.2008).

Die von der Mehrheit der WählerInnen wahrgenommene Gerechtigkeitslücke hat vor allem bei der Regierungspartei SPD zu massiven Mitglieder- und WählerInnenverlusten geführt. Wenn die SPD diesen doppelten Abwärtstrend stoppen will, muss sie ihren Kompetenzvorsprung in Fragen der Gerechtigkeit zurückgewinnen. Das könnte nur gelingen, wenn sie nicht, wie die neoliberalen Ideologen, mit dem semantischen Trick „gefühlte Gerechtigkeitslücke“ die reale Existenz einer Gerechtigkeitslücke einfach leugnet: In Wirklichkeit gebe es demnach keine Gerechtigkeitslücke, aber das populistische Volk fühle sie. Das sei ein Kommunikationsproblem: Die geistigen und politischen Eliten müssten besser mit dem unwissenden Volk kommunizieren und es überzeugen, dass unsere gesellschaftlichen Verhältnisse die sozialsten aller möglichen seien.

□ 1. Die Beurteilung der wachsenden Ungleichheit durch das Volk



Nach einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung Ende 2007 beurteilten nur noch 15 Prozent der Befragten ihre wirtschaftlichen Verhältnisse als gerecht (DER SPIEGEL, Nr. 51/17.12.07). Aus der Tatsache, dass 72 Prozent der Deutschen im Sommer 2007 meinten, die Regierung tue zu wenig für soziale Gerechtigkeit, zog DIE ZEIT (16.8.2007) die Schlussfolgerung: „Auch Reiche für Gerechtigkeit.“ Denn auch 69 Prozent der Befragten mit einem Haushaltseinkommen über 2 500 Euro und sogar 76 Prozent mit einem Einkommen zwischen 2000 und 2500 Euro waren der Meinung, die große Koalition tue zu wenig für soziale Ge-

rechtigkeit. Auch 76 Prozent der SPD-AnhängerInnen teilten diese kritische Meinung, aber nur 60 Prozent der CDU/CSU-AnhängerInnen. Eine Vernachlässigung der sozialen Gerechtigkeit durch die große Koalition schadet der SPD folglich mehr als CDU/CSU.

Wenn rund drei Viertel der Deutschen kritisieren, dass die Regierung zu wenig für soziale Gerechtigkeit tue, so sind sie zugleich davon überzeugt, dass die Regierung durchaus mehr für soziale Gerechtigkeit tun könnte, wenn sie nur wollte. Sie teilen also nicht die fatalistische Resignation des Berliner Verteilungsforschers Grabka vom DIW Berlin, „dass die Erosion der Mittelschicht ein irreversibler Prozess“ ist.

□ 2. Gerechtigkeitslücke = Ursache für Linksruck in Deutschland

Die Gerechtigkeitslücke ist die Ursache dafür, dass die Wochenzeitung DIE ZEIT die Ergebnisse einer großen Umfrage im Sommer 2007 unter dem Titel zusammenfassen konnte: „Deutschland rückt nach links“ (DIE ZEIT, 9.8.2007). Zwar stuften sich nur 34 Prozent selbst als „links“ ein (1981 nur 17 Prozent). Aber zwei Drittel bis drei Viertel und mehr unterstützten eindeutig linke Positionen und Forderungen; 68 Prozent waren für Mindestlöhne – sogar 68 Prozent der FDP- und 52 Prozent der CDU/CSU-AnhängerInnen. 82 Prozent waren gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. 67 Prozent votierten für Staatsbesitz, also gegen Privatisierung von Bahn, Telekom, Energieversorgung – auch 57 Prozent der FDP-AnhängerInnen. Nach einer Umfrage von Oktober 2007 unterstützten über 80 Prozent die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose. DIE ZEIT zog die Schlussfolgerung: „Bis weit ins konservative Milieu hinein sind klassisch linke Positionen inzwischen mehrheitsfähig.“ Für Wahlentscheidungen habe das die Konsequenz: „Es stimmt wahrscheinlich immer noch, dass Wahlen in Deutschland in der Mitte gewonnen werden. Aber diese Mitte ist ein gutes Stück nach links verrutscht.“

□ 3. Die Mehrheit der Machteliten blieb neoliberal! Und die SPD?

Die Aussage über den „Linksruck“ in Deutschland ist allerdings insofern zu relativieren, als sie nur für die Gesamtbevölkerung gilt. Bei den Machteliten dagegen, die zur oberen einkommensstarken Schicht gehören und daher die Gerechtigkeitslücke nicht „fühlen“ können, dominieren noch neoliberale Positionen. Mit der wachsenden Gerechtigkeitslücke wächst daher die Distanz zwischen Eliten und Mehrheit. Die dadurch verursachte Politikverdrossenheit enthält den Keim für eine ernsthafte Krise der repräsentativen Demokratie. Denn wenn die Führungsgremien aller etablierten Parteien andere politische Positionen, z.B. zur Privatisierung oder zur sozialen Gerechtigkeit, vertreten und durchsetzen als ihre WählerInnen, dann fühlen diese sich von ihren gewählten RepräsentantInnen nicht mehr repräsentiert. Schon seit einiger Zeit traut daher die Mehrheit der Bevölkerung keiner Partei mehr zu, die großen Probleme unserer Zeit zu lösen. Die politischen Eliten, vor allem in den Volksparteien, bemühen sich sichtlich, auf die irritierenden Meinungen des Volkes zu reagieren, teils durch häufigere Verwendung des Begriffs Soziale Gerechtigkeit, teils durch Kritik am „Populismus“ des Volkes, teils durch kleinere Wahlgeschenke.

Dass auch die SPD nach links gerückt ist, steht nur für FDP, CDU/CSU und die Mehrheit der tonangebenden Medien fest. Sie warnen das Wahlvolk beschwörend vor den Gefahren dieses Linksrucks und des Neo-Sozialismus. Nur in den Selbstdarstellungen der SPD ist unklar, ob sie nach dem Hamburger Parteitag nach links gerückt ist. Vor allem die SPD-Linke leugnet leidenschaftlich jeglichen Linksruck. Sie möchte wohl keine schlafenden Hunde wecken und merkt nicht, dass diese sowieso schon laut bellen und auch kraftvoll zu beißen. Ihre Arbeit scheint von einem strikten innerparteilichen Pazifismus geprägt zu sein.

Sehen FDP und CDU/CSU im vollzogenen Linksruck der SPD eine Gefahr für Deutschland und die Welt, so sieht Peter Struck schon in einem solchen Versuch eine Gefahr, allerdings nur für die SPD: „Sollte die SPD auch nur versuchen, weiter nach links zu rücken, kann sie nur verlieren“ (Westfälische Allgemeine Zeitung, 4.4.2008). Diese Warnung könnte durchaus begründet sein, allerdings nur auf der Grundlage folgender Analyse: Die SPD hat 400 000 Mitglieder und bis fast zur Hälfte ihrer WählerInnen verloren, weil sie zu weit nach links gerückt ist.

Um wieder politisches Vertrauen zu gewinnen, müsste die SPD den Menschen ein überzeugendes neues Reformkonzept mit der klaren Zielrichtung anbieten, den Trend zur weiteren Vergrößerung der Gerechtigkeitslücke zu stoppen und in absehbarer Zeit diese Lücke zu reduzieren.

□ 4. Nicht mehr umverteilen, wieder gerecht verteilen!

» 2008 ist für die meisten Menschen keine Trendwende zum Besseren sichtbar. Die Angst vor mehr Ungerechtigkeit und vor dem sozialen Abstieg motivieren nicht zum aktiven Engagement für eine bessere Gesellschaft, sondern verstärken nur die verbreitete Resignation und apathische Politikverdrossenheit. Das Bekenntnis der SPD zu einer Reformpolitik für mehr Gleichheit ist im Hamburger Programm im Prinzip enthalten: „Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. [...] Wir wollen eine gerechte Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften.“ Doch da die SPD über kein konkretes Programm für die Verwirklichung dieser allgemeinen Forderung verfügt, wäre zunächst eine intensive Sachdiskussion über die Frage notwendig: Welche konkrete Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Steuerpolitik könnte dazu beitragen, dem allgemeinen Ziel nach mehr Gleichheit schrittweise näher zu kommen?

Kernthema dieser Debatte, in die auch WissenschaftlerInnen jenseits des neoliberalen Mainstreams einbezogen werden müssten, wäre eine Kritik des verteilungspolitischen Konzepts der SPD, um ein neues Konzept für Verteilungsgerechtigkeit zu erarbeiten. Denn die Zweifel an der aktuellen Verteilungspolitik sind Ursache für die Verluste der SPD und die Gewinne der neuen Partei DIE LINKE. In einem Interview in der Westfälischen Allgemeinen Zeitung vom 4. April 2008 stellte Peter Struck zutreffend fest: „In der Linkspartei sitzen viele Ex-SPDler, die nicht verstehen wollen, dass die klassische Umverteilungspolitik nicht mehr geht.“

Doch was war diese „klassische Umverteilungspolitik“? Wortgleich mit anderen „Reformern“ hatte Struck sie früher schon definiert und verworfen: Die traditionelle SPD-Position, „den Reichen nehmen, um den Armen zu geben“, könne nicht „die Politik unserer modernen Gesellschaft sein“ (DER SPIEGEL, Nr. 51/17.12.07, S. 25). Doch diese Haltung, „den Reichen nehmen, um den Armen zu geben“, war nie traditionelle SPD-Position – höchstens der Jusos unter ihrem Vorsitzenden Gerhard Schröder – sondern immer nur der traditionelle Dif-



Foto: Christian Kiel

famierungsvorwurf gegen die „gleichmacherische und leistungsfeindliche“ sozialistische Politik der SPD. Allerdings wurde dieser Vorwurf in den Debatten um die neue SPD und im Blair-Schröder-Papier selbstkritisch als berechtigt anerkannt und Besserung gelobt.

Entgegen der Floskel, „den Reichen nehmen, um den Armen zu geben“, haben in der Nachkriegsgeschichte alle Parteien das klassische Verteilungskonzept unterstützt, nämlich „allen geben, ohne jemandem etwas zu nehmen“. Dieses Konzept führte, wenn auch nicht zu einem gleichen, so doch zu einem „Wohlstand für alle“. Es gab zwar eine Ungleichheit der Einkommen, aber die Kurven zur Einkommensentwicklung der reicheren und ärmeren Schichten verliefen fast parallel nach oben. Erst als in unserer modernen Gesellschaft diese „klassische Verteilungspolitik nicht mehr ging“, wurde die parallele Aufwärtsentwicklung für alle Einkommensschichten durch einen neuen Trend abgelöst: Einkommenssteigerungen der Oberschicht und stagnierende oder fallende Einkommen der Mittel- und Unterschicht. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte gibt es in Deutschland eine echte Umverteilungspolitik und zwar von unten nach oben. Die Reichen haben nicht nur die gesamten wirtschaftlichen Zuwächse erhalten, sondern auch das, was man den Armen genommen hat.

□ 5. „Neofeudalismus ... Züge einer Klassengesellschaft“

» Die erfolgreiche neoklassische Umverteilung von unten nach oben wird zwar von der Mehrheit der Machteliten noch als Tribut an die Globalisierung und Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit gefeiert. Doch auch in einflussreicheren Gesellschaftskreisen kommt allmählich Unbehagen auf. In der Wochenzeitung DIE ZEIT vom 27.3.2008 kritisiert Thomas Assheuer „eine wachsende Klasse von Selbstbereichern [...] (die) eine risikolose Parallelgesellschaft (bildet)“. Und Sigmar Gabriel spricht von einem „Neofeudalismus, der inzwischen Züge einer Klassengesellschaft trägt“ („Sagen, was Sache ist! Aufruf zu einer konstruktiven Zukunftsdebatte in der SPD“, www.sigmargabriel.de).

Wenn diese „Zukunftsdebatte“ einen Weg in eine gerechtere Zukunft aufzeigen soll, muss sie zunächst jene neoliberalen Tricks aufdecken, mit

denen die tatsächlichen Ursachen unserer Probleme verschleiert werden, z.B. die Lüge, Teilhabegerechtigkeit sei wichtiger als Verteilungsgerechtigkeit, die schon weitgehend verwirklicht sei. Vielmehr wird die noch vorhandene Teilhabegerechtigkeit durch die zunehmende Verteilungsungerechtigkeit eingeschränkt.

Nebenprobleme und Nebenkonflikte wie der Generationenkonflikt und die demografische Krise werden zielgerichtet aufgebauscht. So behauptete jüngst in der BILD ein ehemaliger Spitzenfunktionär mit einer Spitzenrente, für die er nie einen Pfennig eingezahlt hat: Alle Parteien nähmen überproportional Rücksicht auf die wachsende Zahl der RentnerInnen, was dazu führen könne, „dass die Älteren die Jüngeren ausplündern“. Tatsächlich nehmen die etablierten Parteien jedoch überproportional Rücksicht auf die Kapitaleigner, so dass diese die ArbeitnehmerInnen, und zwar junge und alte, ausplündern können.

Die demografische Entwicklung ist zwar ein Problem, aber nicht die Hauptursache für sinkende Reallöhne und Renten. Wenn heute und künftig die Mehrheit der Bevölkerung mit weniger auskommen muss, dann wegen der nachhaltig sinkenden Lohnquote, aus der auch die Renten finanziert werden. Nur wenn die Politik diesem Trend gesteuert und ein neues Verteilungskonzept entwirft und umsetzt, kann die Entwicklung gestoppt werden. Das Kapital, das im Sozialstaat der Nachkriegszeit gezähmt worden war, ist wieder zu einem brutalen Raubtier geworden. Wenn die Politiker dennoch glauben, sie müssten es wie ein scheues Reh behandeln, dann wird dadurch das Raubtier nicht wieder gezähmt, sondern nur noch brutaler. ■

☞ Horst Heimann, Vorstandsmitglied der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus, lebt in Dortmund.

Personen & Positionen

□ DL21/spw-Herbstkonvent verschoben – Vorbesprechung am 12. Oktober vor Sonderparteitag

Nach dem Rücktritt von Kurt Beck hat der Parteivorstand den 18. Oktober 2008 als Termin für den außerordentlichen Bundesparteitag festgelegt. Der für den 18./19.10.08 geplante Herbstkonvent von DL21 und spw wird daher verschoben. DL21 wird für den 12. Oktober zu einer Vorbesprechung des Parteitages einladen. Weitere Informationen über den Tagungsort und das genaue Programm finden sich in den nächsten Tagen auf der Internetseite www.forum-dl21.de.

Der Herbstkonvent wird voraussichtlich im Februar stattfinden.

□ Aufruf „Reichtum nutzen, Armut bekämpfen, Mittelschicht stärken“ veröffentlicht

Als Konsequenz aus der Diskussion um den 3. Armuts- und Reichtumsbericht haben eine Reihe sozialdemokratischer Abgeordneter und GewerkschafterInnen einen Aufruf veröffentlicht, um sozial- und wirtschaftspolitische Impulse für die anstehende Diskussion um das SPD-Bundestagswahlprogramm zu geben. Sie fordern darin u.a. ein höheres Erbschaftssteueraufkommen, längeres gemeinsames und gebührenfreies Lernen, den Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors, die Einschränkung von Minijobs und eine Mindestrente oberhalb der Grundsicherung. Zu den UnterzeichnerInnen gehören u.a. Hilde Mattheis, René Röspel, Sigrid Skarpelis-Sperk, Marco Bülow, Ottmar Schreiner, Klaus Wiesenhügel und Margret Möning-Raane.

► **Download:** www.forum-dl21.de

□ Thilo Scholle in den Bundesparteirat gewählt

Thilo Scholle, Mitglied der spw-Redaktion, ist auf der Regionalkonferenz der SPD Westliches Westfalen am 7. Juni 2008 in den Bundesparteirat gewählt worden. Scholle ist auch Mitglied des Juso-Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen.

□ Ulrike Hiller unterstützt fairen Handel „FaireWoche“ beginnt am 15. September

Anlässlich der bundesweiten Aktion „FaireWoche“ vom 15. bis zum 28. September forderte Ulrike Hiller, DL21-Vorstandsmitglied und Bremische Bürgerschaftsabgeordnete, sowohl eigene Einkaufsgewohnheiten als auch das öffentliche Beschaffungswesen zu überdenken. „Nicht nur bei uns sind soziale Mindeststandards notwendig. Gefragt ist auch eine internationale Solidarität mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“, so Hiller. Neben Privathaushalten und Unternehmen kauften auch die öffentlichen Einrichtungen Güter, Dienst- und Bauleistungen ein – das Land Bremen für ca. 180 Mio. Euro pro Jahr. Sozial und ethisch verantwortlich zu handeln bedeute, die Arbeitsbedingungen der Menschen, welche die Produkte herstellten, zu beachten. „Das rückt Lohn- und Arbeitszeitfragen, Vereinigungsfreiheit und gewerkschaftliches Engagement ebenso in den Blick wie hygienische und gesundheitliche Fragen und nicht zuletzt den wichtigen Kampf gegen Kinderarbeit“, erläuterte die Politikerin. Daneben solle auch die Frage der Umweltfreundlichkeit in die Beschaffungsentscheidung mit einbezogen werden. Auf längere Sicht würden umweltschonende Produkte aufgrund einer höheren Lebensdauer und geringeren Energieverbrauchs Kosten sparen. In Bremen hätten sich daher SPD und Bündnis 90 / Die Grünen in ihrem Koalitionsvertrag auf die Entwicklung und Anwendung fairer und ökologischer Kriterien im Beschaffungswesen geeinigt.

► **Weitere Informationen:** www.fairewoche.de